

**Lokaler Aktionsplan für Demokratie, Toleranz und für ein
weltoffenes Chemnitz (LAP)/Partnerschaft für Demokratie
Bundesprogramm „Demokratie Leben“**

Kommunales Strategiepapier zur Demokratieförderung

Fortschreibung 2019



Bild: Initiative AktionC, Montessori-Schule Chemnitz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung	3
2. Ergebnisbericht Umsetzung der kommunalen Handlungsstrategie 2012 bis 2018	4
2.1 Umsetzung der kommunalen Handlungsstrategie und der Bundesprogramme	4
2.1.1 Durchgeführte Maßnahmen zur Untersetzung der Handlungsziele	9
2.1.2 Durchgeführte Maßnahmen aus dem kommunalen Mikroprojektfonds	9
2.1.3 Durchgeführte Maßnahmen Bundesprogramm „Toleranz Fördern – Kompetenz stärken“	13
2.1.4 Durchgeführte Maßnahmen Bundesprogramm „Demokratie Leben“/Partnerschaft für Demokratie	16
2.1.5 Ergebnisse der Umsetzung der kommunalen Handlungsstrategie von 2012 bis 2018	24
3. Problembeschreibung als Grundlage für die Fortschreibung der kommunalen Handlungsstrategie	27
3.1 Politisch motivierte Kriminalität	27
3.1.1 Landesamt für Verfassungsschutz	28
3.1.2 Situationsanalyse in Auswertung des Austauschs mit der Zivilgesellschaft	29
3.1.3 Situationsanalyse bezogen auf Jugendliche in der Stadt Chemnitz	34
3.1.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	35
4. Fortschreibung der kommunalen Handlungsstrategie	36
4.1 Handlungsbedarfe in Auswertung der Situations- und Problemanalyse	36
4.2 Ressourcen- und Beteiligungsanalyse	37
4.3 Handlungsfelder und Maßnahmen	41
4.4 Zielgruppen und Gleichbehandlungsgrundsatz	44
5. Fortschreibung der Zielstellungen	44
6. Qualitätssicherung und Evaluierung	45
7. Mitwirkung an der Fortschreibung	46
Anlage Zielpyramide	Anlage 1

1. Einleitung

Der Lokale Aktionsplan für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz (LAP) bündelt als kommunale Handlungsstrategie konkrete Ziele, Maßnahmen und Handlungsfelder zur Demokratieentwicklung in Chemnitz. Die Handlungsfelder sind u. a. Gewalt- und Radikalisierungsprävention, Toleranzförderung, Anerkennung kultureller und religiöser Vielfalt, Vielfalt von Lebensweisen und die Achtung der Menschenwürde. Unterstützt wurden zahlreiche Maßnahmen gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die darauf bezogene Abwertung anderer.

2008 stellte der Chemnitzer Stadtrat die Weichen für die Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz (LAP) und beschloss die kommunale Handlungsstrategie. Die Handlungsstrategie zielt darauf ab, den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu stärken und die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte zu wahren. Der LAP ist ein Beteiligungsinstrument und basiert auf der Unterstützung durch lokale Bündnisse, Vereine, Institutionen, Initiativen und bürgerschaftlichem Engagement. Voraussetzung dafür ist, dass sich die Akteurinnen und Akteure mit den vereinbarten Zielen identifizieren.

Für die Stärkung der demokratischen Gesellschaft und die Unterstützung engagierter Bürgerinnen und Bürger sowie lokaler Initiativen wurde durch den Stadtrat beschlossen, einen Fonds in Höhe von 80.000,00 € zur Verfügung zu stellen. Neben der Verwaltung der Mittel stehen die bedarfsgerechte Vernetzung in Form von Partnerschaften und Kooperationen und die fachliche Unterstützung einzelner Initiativen im Vordergrund. Die Aufgaben werden durch eine Koordinierungsstelle der Verwaltung wahrgenommen.

Die kommunale Handlungsstrategie hat durch die Unterstützung des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ eine Aufwertung in der Bedeutung erfahren. Es wurde möglich, nachhaltig wirkende Projekte zu fördern, deren Ergebnisse nach wie vor genutzt werden. Mit der Aufnahme der Stadt Chemnitz in die Förderung durch das Bundesprogramm „Demokratie Leben“ konnte das erreichte Niveau gehalten werden. Dazu hat insbesondere die Einrichtung einer externen Koordinierungsstelle beigetragen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie die Kommune dabei unterstützt, die Demokratiearbeit vor Ort voranzubringen.

Die demokratische Gesellschaft unterliegt stetiger Veränderung, was sich in veränderten Bedarfen zur Prävention und Demokratieförderung zeigt. Wesentlichen Einfluss darauf haben Fluchtbewegungen aus kriegs- und armutsbetroffenen Ländern, die zu grundlegenden gesellschaftlichen Debatten geführt haben und noch führen. Die vorliegende Fortschreibung der kommunalen Handlungsstrategie reflektiert diese Veränderungen. Basierend auf dem Beschluss des Stadtrates von 2008 zum kommunalen Strategiekonzept des LAP und der Fortschreibung von 2012 werden Ziele und Handlungsstrategien an die aktuellen Bedarfe angepasst.

Die Fortschreibung der kommunalen Handlungsstrategie „Lokaler Aktionsplan für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz“ (LAP) und der Partnerschaften für Demokratie bezieht sich auf:

- Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
- Verfassung des Freistaates Sachsen Artikel 36 und 101
- Theorie "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" (GMF, engl. group-focused enmity) begründet von Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

- Situationsanalyse der TU Chemnitz Rechtspopulistische Einstellungen in Chemnitz und Sachsen Dr. Susanne Rippl, Institut für Soziologie, Technische Universität Chemnitz
- Berichte und Veröffentlichungen des Landesamtes für Verfassungsschutz
- Sachsenmonitor 2018
- Studie „Identität, Teilhabe und *die Anderen*“
Wechselwirkungen zwischen raumbezogener Identität, Partizipation und (Un-) Gleichwertigkeitsvorstellungen – eine qualitative Befragung Chemnitzer Jugendlicher (TU Chemnitz)
- W-wie-Werte, Handlungskonzept zur Stärkung der demokratischen Schulentwicklung und politischen Bildung an sächsischen Schulen des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus (SMK)

2. Ergebnisbericht Umsetzung der kommunalen Handlungsstrategie 2012 bis 2018

Die kommunale Handlungsstrategie hat in ihrer Umsetzung mehrere Phasen durchlaufen:



Der Berichtszeitraum umfasst den Zeitraum ab 2012, anschließend an die erste Fortschreibung.

2.1 Umsetzung der kommunalen Handlungsstrategie und der Bundesprogramme



Fotos: Ines Vorsatz

Die Umsetzung der kommunalen Handlungsstrategie zur Demokratieförderung erfolgt beteiligungsorientiert. Das heißt, Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft entscheiden selbst, mit welchen Maßnahmen, Ressourcen und Methoden sie sich an der Umsetzung des LAPs beteiligen. Die Herstellung der lokalen Vernetzung, der Kommunikationsstrukturen und Mittelverwaltung ist Aufgabe der Koordinierungsstelle LAP im Dezernat 3.

Die verwaltungsinterne Koordinierungsstelle kooperiert mit einer externen Koordinierungsstelle im Rahmen der durch den Bund (Bundesprogramm „Demokratie leben!“) geförderten Partnerschaft für Demokratie Chemnitz. Zuschlag hat nach Ausschreibung das Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V. erhalten.

Die Arbeit der Koordinierungsstelle wird durch den Begleitausschuss als Steuerungsgremium begleitet. Die zentrale Bedeutung des Begleitausschusses wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gestärkt.

Er tagt nichtöffentlich und verfügt über eine Geschäftsordnung. Die durch den Stadtrat beschlossene Förderrichtlinie wird durch den Begleitausschuss umgesetzt. Das Verfahren der Antragsstellung und Zuwendung im Rahmen des LAPs ist im Rahmen der Förderrichtlinie geregelt. Fachliche Unterstützung erhält die Koordinierungsstelle durch die AG Rechtsextremismus als Fachnetzwerk mit Expertinnen und Experten aus Zivilgesellschaft und Verwaltung.

Die Kommunale Handlungsstrategie zur Demokratieförderung in Chemnitz beruht auf 5 Säulen:

- ▶ Kooperative Vernetzung
- ▶ Beteiligung
- ▶ Förderung
- ▶ Unterstützung von Engagement für Zusammenhalt, Demokratie und gewaltfreiem Miteinander
- ▶ Prävention

▶ **Kooperative Vernetzung**

Kooperative Vernetzung heißt, dass das wertschätzende Miteinander von Verwaltung und Zivilgesellschaft zum Selbstverständnis der kommunalen Handlungsstrategie und zur Demokratieförderung gehört. Bei der beteiligungsorientierten Arbeit werden die Eigenständigkeit der Engagierten und Initiativen beachtet und respektiert. Die Einbindung in Vernetzungstreffen, Fortbildungen und Demokratiekonferenzen bietet Raum für gegenseitige Unterstützung und den Austausch von Ressourcen.

In Chemnitz ist es gelungen, ein Netzwerk für Menschlichkeit zu etablieren. Wie unter dem Punkt Ressourcen erläutert wird, engagieren sich eine Vielfalt von Akteurinnen und Akteuren. Ein Teil davon ist insbesondere in den letzten Jahren neu hinzugekommen. Das heißt, es gibt in Chemnitz zahlreiche Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Im öffentlichen Raum, privaten oder beruflichen Umfeld setzen sie sich für ein tolerantes, weltoffenes und demokratisches Miteinander ein. Erhöht haben sich auch die Anzahl der Kooperationen und der Bekanntheitsgrad relevanter Angebote innerhalb des Netzwerks.

Einen großen Anteil an der Umsetzung dieser beteiligungsorientierten Maßnahmen hat die Externe Koordinierungsstelle des Netzwerks für Kultur- und Jugendarbeit e.V. . Durch diese werden regelmäßig Vernetzungstreffen und Demokratiekonferenzen organisiert.

In Chemnitz kooperieren außerdem das Landesamt für Schule und Bildung (LASUB) Chemnitz, der Kriminalpräventive Rat (KPR), das Amt für Jugend und Familie und die Polizeidirektion Chemnitz im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zum „Präventionsnetzwerk Chemnitz“ (Prävention im Team - PIT). Dazu wurde eine Steuerungsgruppe gebildet. Das 2015 begründete Präventionsnetzwerk hat seine Schwerpunkte auf die Themenbereiche Demokratiebildung/-förderung, Gewaltprävention, Sucht- und Drogenprävention gesetzt. Auf der Grundlage dieser Vereinbarung wird eine partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Maßgabe gepflegt, für die benannten Arbeits- und Themenfelder eine bestmögliche Verzahnung von Prozessen und Strukturen sowie eine optimale Nutzung vorhandener Ressourcen zu erreichen. Im Ergebnis ist die Datenbank www.praevention-chemnitz.de entstanden. Die Datenbank bündelt Präventionsangebote in Chemnitz.

Die Koordinierungsstelle kooperiert außerdem mit Stadtteilmanagerinnen und -managern. Diese setzen sich auf Stadtteilebene für eine demokratische Gesellschaft ein. Sie organisieren zahlreiche Aktionen zum friedlichen Miteinander verschiedener Kulturen. Unter dem Punkt Ergebnisse der Evaluierung werden dazu weitere Aussagen getroffen.

► Beteiligung

Die Beteiligung der Akteurinnen und Akteure an der Umsetzung des kommunalen Strategiekonzeptes zur Demokratieförderung erfolgt durch:

- Freiwilliges Engagement für Demokratie, Toleranz und gegen menschenverachtende, demokratiefeindliche Bewegungen
- Freiwillige Antragstellung auf Förderung von Maßnahmen, die Demokratie und das vielfältige gewaltfreie Miteinander in Chemnitz unterstützen
- Umsetzung von Maßnahmen zur Demokratieförderung im Rahmen der Förderrichtlinie oder als selbstorganisierte Maßnahme (Empowerment)
- Aufnahme der Vorschläge und Anregungen in die Fortschreibung der Zielsetzungen (Workshops und Vernetzungstreffen)
- Einbindung von Engagierten in den fachlichen Austausch zur Situationsanalyse und zu Handlungsbedarfen
- Aufnahme von Bedarfen und Problemanalysen aus den Anträgen in die Situations- und Bedarfsanalyse sowie die Handlungsfelder
- Aktive Mitarbeit in der Vernetzungsplattform „Chemnitz für Menschlichkeit“

Zur Unterstützung von Engagierten und Initiativen stehen Angebote der Beratung, Förderung und Vermittlung von Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern zur Verfügung.

Über ein Jahr haben sich Engagierte an den Workshops zur Zielüberarbeitung und der Erstellung der Situationsanalyse beteiligt.

► Förderung

Im Rahmen der kommunalen Handlungsstrategie zur Demokratieförderung wird bürgerschaftliches Engagement durch die finanzielle Förderung von demokratiefördernden Maßnahmen unterstützt. Die Förderung erfolgt im Rahmen der kommunalen Handlungsstrategie zur Demokratieförderung (LAP) sowie von Bundesprogrammen.

Die Projektförderung teilt sich in eine kommunale Fördersäule (1) und eine durch Bundesmittel geförderte Fördersäule (2) auf. Grund dafür ist, dass die Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Förderung von Projekten im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz einen Ansatz verfolgt, der allen Personen ab 18 Jahren einen Zugang ermöglicht. Die Leitlinien der Bundesprogramme schränken den Zugang nur auf gemeinnützige Organisationen ein.

Überblick über die zurzeit existierende Förderstruktur:



Fördersäule (1) kommunale Mittel:

Im Rahmen der kommunalen Förderrichtlinie können natürliche Personen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, eine Projektförderung beantragen. Dadurch können sich alle Bürgerinnen und Bürger an der Umsetzung der kommunalen Handlungsstrategie beteiligen. Bürgerschaftliche Initiativen müssen als Voraussetzung keine Vereinsstruktur bilden, um zugangsberechtigt zu sein. Erfolgreichstes Beispiel dafür ist die Initiative „AktionC“, die die bekannten Banner zum Chemnitzer Friedenstag mit Kindern erarbeitet und zahlreiche Veranstaltungen und Workshops organisiert.

Fördersäule (2) Bundesmittel:

Für die Vergabe der Mittel aus den Bundesprogrammen ist ein eingetragener Verein (e. V.) oder eine gemeinnützige Einrichtung nach § 52 AO die Zugangsvoraussetzung. Da der Verwaltungsaufwand für diese Förderung erheblich höher ist, müssen die Vereine in der Lage sein, diesen Aufwand zu leisten. Einzelne Aktive oder kleine Initiativen haben dafür oftmals nicht die benötigten Ressourcen. Potentiell Interessierte werden deshalb durch Fortbildungen, Informationsveranstaltungen und Coaching befähigt, die Anforderungen zu erfüllen. Dadurch konnte erreicht werden, dass sich mit Bundesmitteln geförderte Maßnahmen nicht nur auf wenige Vereine beschränken.

Ein großer Vorteil des Bundesprogramms „Demokratie Leben“ ist die starke Fokussierung auf Jugendbeteiligung und von Jugendlichen selbst organisierte Maßnahmen. Die Mittel dafür werden durch das Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit Chemnitz e. V. verwaltet.

Beide Förderoptionen ergänzen sich optimal, ermöglichen eine gute Ausgangsposition für die weitere Arbeit mit der kommunalen Handlungsstrategie (LAP) und die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft. Ohne finanzielle Unterstützung ist ein nachhaltiges Engagement der Akteurinnen und Akteure nicht möglich. Gleichzeitig wird aktiven Menschen, die sich für den Erhalt der im Grundgesetz verankerten Menschenrechte einsetzen, signalisiert, dass ihr Engagement gewünscht und wertgeschätzt wird.

Die Evaluierung und das Controlling der geförderten Maßnahmen zeigen, dass mit den ausgereichten Mitteln sorgsam umgegangen wird und die Umsetzung auf hohem fachlichem Niveau erfolgt.

► Unterstützung von Engagement für Zusammenhalt, Demokratie und einem gewaltfreien Miteinander

Engagierte und Initiativen werden bei der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Dabei erweist sich die Förderung im Rahmen von Bundesprogrammen als wertvolle Ressource. Dadurch haben sich die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit qualitativ stark verbessert. Durch die Erstellung der Webseite www.devito-chemnitz.de, den Newsletter, die Vernetzungsplattform sowie zahlreiche Veröffentlichungen der Einzelprojekte ist der Bekanntheitsgrad des LAP gestiegen. In mehreren Zeitungsartikeln wurde über Projekte und die Förderung mit Bundesmitteln berichtet. Die Website der Stadt Chemnitz und die durch das Bundesprogramm geförderte Seite www.devito-chemnitz.de informiert zu aktuellen Veranstaltungen. Der Newsletter informiert über Termine und Projektarbeit. Öffentlichkeitsarbeit konnte außerdem über die spezifische Förderung von öffentlichkeitswirksam ausgerichteten Einzelprojekten geleistet werden (z. B.: IBUG für Beteiligung/gegen Ausgrenzung – Distrikt Chemnitz).

Einen wesentlichen Anteil an der verstärkten Öffentlichkeitsarbeit hat die Externe Koordinierungsstelle beim Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V., welcher im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ dafür Ressourcen zur Verfügung stehen.

► Prävention

Gewalttaten und radikale politisch oder religiös bedingte Radikalisierung stehen stark im Fokus der Öffentlichkeit. Medial findet das Thema überproportional Beachtung. Das Gutachten „Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland Schwerpunkte Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer“ vom Januar 2018 belegt, dass Gewalt - insbesondere Jugendgewalt - seit Jahren rückläufig ist. Gestiegen ist die Bereitschaft, insbesondere an Schulen, diese Delikte zur Anzeige zu bringen. Das zeugt davon, dass die Sensibilisierung gegenüber Gewalttaten gestiegen ist. Einen Beitrag dazu leisten Opferverbände und Beratungsorganisationen.

Einen großen Anteil an erfolgreicher Gewaltprävention in Chemnitz hat das Amt für Jugend und Familie, welches die Ressourcen dafür stetig gestärkt hat. Chemnitz verfügt dadurch über eine gute fachliche Akteursbasis, Netzwerke und Angebote (www.Praevention-chemnitz.de).

Das Bewusstsein für die Gefährdung der Gesellschaft durch sich radikalisierende Personen und Bewegungen ist zurzeit einseitig auf Terror und islamistische Radikalisierung ausgerichtet. Das größte Problem bleibt jedoch, wie im Verfassungsschutzbericht für den Freistaat Sachsen 2017 erkennbar, die Radikalisierung im Bereich Rechts. Zwischen Gewaltaffinität und Ablehnung von demokratischen Werten besteht häufig ein Zusammenhang. Hier überschneiden sich die Bereiche Kriminalprävention und Demokratieförderung. Das heißt, die durch Chemnitz geförderten Projekte im Bereich Demokratieförderung können dazu beitragen, dass demokratische Werte gelebt und Gewalt reduziert wird.

Gewalt- und Radikalisierungsprävention bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von Zivilgesellschaft und Verwaltung enormes Engagement abverlangt. Der Zusammenhalt der Gesellschaft und das friedliche Miteinander werden sonst nachhaltig gefährdet. Für die fachliche Unterstützung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wurde deshalb durch den KPR in Kooperation mit dem Verein INPEOS e. V. ein Fachnetzwerk Gewalt- und Radikalisierungsprävention gegründet. In Form von Fachveranstaltungen werden Beratungsangebote vermittelt und Fachveranstaltungen durchgeführt.

Einen weiteren Beitrag dazu leistet die Stadt Chemnitz durch den LAP als Präventionsinstrument. Die Präventionsplattform „Kompetent für Demokratie“ wurde zur Datenbank www.Praevention-chemnitz.de weiterentwickelt. Die Plattform enthält zahlreiche Präventionsangebote aus Chemnitz, die zum größten Teil gefördert werden und damit kostenfrei sind. Die Datenbank wird vorrangig durch pädagogische und sozialpädagogische Fachkräfte genutzt.

Zusammenfassung

Das Ziel, ein demokratisch- und menschenrechtsorientiertes Gemeinwesen zu gestalten, ist keine kurzfristig lösbare Aufgabe. Die dahinterstehenden Werte bedürfen einer dauerhaften Vermittlung und eines aktiven Einsatzes für den Erhalt in der Gesellschaft. Die Erfahrung zeigt, dass sich Zivilgesellschaft dort engagiert, wo die persönliche Betroffenheit und die Aussicht auf Erfolg des Engagements am größten sind. Zahlreiche Projekte befassen sich deshalb damit, genau dafür Kompetenzen zu stärken.

Die Externe Koordinierungsstelle, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert wird, bringt die Weiterentwicklung erfolgreicher und bedarfsgerechter Vernetzungsstrukturen qualitativ voran. Dadurch können politisch aktive Menschen der Zivilgesellschaft, Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalverwaltung und der Politik, die sich gegen Neonazismus und völkische Ideologien, menschenfeindliche Einstellungen, für Demokratie und Toleranz engagieren, in ihren Bemühungen unterstützt werden.

Im Rahmen von Facharbeitskreisen arbeiten Verwaltung und Zivilgesellschaft wertschätzend zusammen. Es ist vielen Mitarbeitenden wichtig, sich gemeinsam für den Erhalt demokratischer Werte einzusetzen sowie den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. Kooperierende Akteurinnen und Akteure sind erfolgreich, wenn Verwaltung und Zivilgesellschaft die gleichen Ziele verfolgen. Das setzt voraus, dass nachhaltige Strukturen entstehen und bestehen bleiben. Für die Prozesssteuerung haben sich verwaltungsinterne und externe Koordinierungsstellen, der Begleitausschuss, die AG Rechtsextremismus, sozialraumorientierte und übergreifende Vernetzungsplattformen sowie Arbeitsgruppen bewährt.

2.1.1 Durchgeführte Maßnahmen zur Untersetzung der Handlungsziele

Die durch die Verwaltung bereitgestellte Ressource zur Projektförderung wurde und wird sehr gut angenommen. Die Antragstellerinnen und Antragsteller kommen aus allen Bereichen der Zivilgesellschaft. Die Zusammensetzung wird unter dem Punkt Evaluierung und Ressourcen dargestellt.

Die kommunale Handlungsstrategie zur Demokratieförderung hat das Ziel einer breit aufgestellten Beteiligung erreicht. Seit dem Start des Lokalen Aktionsplans wurden alle zur Verfügung stehenden Fördermittel ausgeschöpft. Die Höhe der beantragten Mittel überstieg dauerhaft die vorhandenen Mittel. Besonders überzeichnet waren die Mittel im Jahr 2018. Durch gute Kooperation mit dem Sozialamt der Stadt Chemnitz konnten davon viele Maßnahmen im Themenfeld Integration eine Förderung erhalten. Weitere Projektträger konnten durch das Kulturbüro Chemnitz und die EU-Stelle unterstützt werden.

Nachfolgend werden einige Beispiele für gelungene Maßnahmen vorgestellt.

2.1.2 Durchgeführte Maßnahmen aus dem kommunalen Mikroprojektfonds

Durch die Stadt Chemnitz werden jährlich 80.000,00 € Haushaltsmittel für Maßnahmen zur Umsetzung der kommunalen Handlungsstrategie des LAPs bereitgestellt. Mit diesen Mitteln wurden Maßnahmen in Form von Mikroprojekten bis zu einer Förderhöhe von 3000,00 € bezuschusst (Fördersäule 1).

Ausgewählte Beispiele gelungener Maßnahmen mit kommunaler Förderung

Auf Grund der Vielfalt der geförderten Maßnahmen ist es nicht möglich diese vollumfänglich darzustellen.

Die Auswahl stellt keine qualitative Bewertung dar, sondern dient der beispielhaften Darstellung der vielseitigen Untersetzung der Ziele, die im Rahmen der kommunalen Handlungsstrategie untersetzt wurden.

Leitziel 1

Chemnitzerinnen, Chemnitzer und Institutionen in Chemnitz gestalten aktiv ein demokratisches Gemeinwesen.

Kunstprojekt Chemnitzer Schulen für Frieden und Toleranz, Bürgerinitiative AktionC



Foto: Ines Vorsatz

Seit 2013 zeigt die Bürgerinitiative Aktion ©, dass es möglich ist, mit Kindern und Jugendlichen zu Themen wie Frieden, weltweiten Konflikten, den Zweiten Weltkrieg und Demokratie mit kunstpädagogischen Mitteln erfolgreich zu arbeiten.

Mit örtlichen Schulen, Kindergärten und Partnern ist es gelungen, den Chemnitzer Friedenstag mit zu prägen. Tausende Meter Transparente sind inzwischen entstanden. Sie fanden ihren Weg nach Dresden, Usti nad Labem und weitere Städte. Sie sind dadurch zu Botschaftern von Chemnitz, engagierter Schülerinnen und Schüler, Bürgerinnen und Bürger sowie Pädagoginnen und Pädagogen geworden.

Leitziel 2

Chemnitzerinnen und Chemnitzer haben eine demokratische Haltung entwickelt und wenden sich gegen menschenverachtende Orientierungen.

"Die Gitter von Chemnitz", Piratensender gegen Stalin, Lern- und Gedenkort Kaßberg e.V.



Das Kaßberg-Gefängnis ist ein einmaliger Gedenkort. Er vereint die Geschichte von Verfolgten im Nationalsozialismus, aus der Zeit der sowjetischen Besatzungsherrschaft und das Schicksal politischer DDR-Gefangener. Es ist auch der Ort des deutsch-deutschen Häftlingsfreikaufs zwischen 1963 und 1989 von der DDR in die Bundesrepublik. Es ist ein Ort, an dem politisches Unrecht verschiedener Epochen aufgearbeitet wird. Regelmäßig werden Maßnahmen unterstützt, die dazu beitragen, dass Menschen für dieses Unrecht und die daran geknüpften Schicksale sensibilisiert werden. Dazu finden Führungen und Podiumsdiskussionen statt. Dokumentationen und Filme tragen dazu bei, dass Biographien und Zeitzeugenberichte für die Nachwelt erhalten bleiben bzw. bei Führungen genutzt werden können.

Foto: Ines Vorsatz, Cover Broschüre Lern- und Gedenkort Kaßberg e.V.

Evangelisches Forum Chemnitz, Auswirkungen des NS auf die Gegenwart



Foto: evangelisches Forum
Konzert und Lesung Nirit Sommerfeld am 28.11.14 im G.-Agricola-Gymnasium

Seit vielen Jahren thematisiert das evangelische Forum mit Lesungen, Erfahrungsberichten und Schülergesprächen zu familiären wie auch gesellschaftlichen Auswirkungen des Nationalsozialismus auf die Gegenwart. Gerade am 9. November, zur Reichspogromnacht, ist es besonders wichtig, dieses Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Dieser Tag ist inzwischen historisch so belegt, dass es besonderer Veranstaltungen bedarf, um die an diesem Tag in Chemnitz begangenen Verbrechen zu thematisieren. Besonderer Verdienst gilt dabei dem erfolgreichen Bemühen, mit authentischen Formaten an Jugendliche heranzutreten und mit Schulen zusammenzuarbeiten.

Evangelisch-Lutherisches Jugendpfarramt Chemnitz, Jugendkirche Johannisplatz,
Ausstellung "Auschwitz sehen - und niemals vergessen", Domizil e. V.,
Stadtingendfeuerwehr, Fahrten nach Auschwitz mit Jugendlichen

Regelmäßig finden Fahrten nach Auschwitz mit Jugendlichen und jungen Menschen statt. Der Holocaust und die Deportation von Millionen unschuldiger Menschen jüdischen Glaubens oder von Menschen, die nicht in das Schema der Nationalsozialisten passten, beschäftigt nach wie vor viele junge Menschen. Gefördert werden Angebote, die intensiv vor und nachbereitet werden und vor Ort eine gute Betreuung erfahren. Die Erlebnisse der

Teilnehmenden spiegeln sich u. a. in Ausstellungen wider. Sie lassen viele Teilnehmende emotional sehr bewegt zurück. Nach wie vor lässt das Interesse nicht nach, obwohl die Ausfahrten für alle eine Herausforderung darstellen. Die Teilnehmenden werden für die Unmenschlichkeit der Verbrechen von Menschen sensibilisiert, die sich ihre Berechtigung in der Abwertung anderer Menschen suchten. Damit wirken diese Erlebnisse präventiv gegen Geschichtsrevisionismus und menschenverachtendes Verhalten.

Ausstellung „BESA - ein Ehrenkodex - Die Rettung von Juden durch Albaner zur Zeit des Holocaust“, VHS Chemnitz

Ein weiterer Kooperationspartner ist auch die Volkshochschule Chemnitz, die sich in Form von Ausstellungen, Lesungen, Podiumsdiskussionen und Diskursangeboten mit den vielen Themen auseinandersetzt, die Inhalt des LAPs sind. Die Ausstellung hat gezeigt, dass es Menschen gab und gibt, die ihre Werte über das eigene Überleben gestellt haben. Sie haben sich den Nazis entgegengesetzt und Juden nicht ausgeliefert. Die Frage dahinter «Was tun, wenn Recht zu Unrecht wird, wenn so viele das Falsche tun?» ist für die heutige Zeit genauso relevant, wie sie es damals war.

Weitere Beispiele sind:

Stadtbibliothek Chemnitz e.V., Projekt „Lesen gegen Gewalt“:

In Workshops und Lesungen wird sich mit den Themen Asyl und Flucht, Ausgrenzung und Gewalt auseinandergesetzt. Das Projekt wird besonders von Schulen sehr gut angenommen.

Verein Opferhilfe Sachsen e.V., Beratungsstelle Chemnitz "Planspiel Gerichtsverhandlung“:

Schülerinnen und Schüler lernen anhand eines Planspiels die Rolle und Aufgaben von Exekutive und Judikative, den Ablauf einer Gerichtsverhandlung sowie das Beratungsangebot von Opferhilfsorganisationen kennen. Sie werden durch Diskussionsrunden an Themen wie Zivilcourage, Bürgerpflichten und -rechte sowie eigenes Rechts- und Unrechtsbewusstsein herangeführt. Auf Grund des hohen Interesses wird das Planspiel seit mehreren Jahren durchgeführt.

Leitziel 3

Chemnitz ist eine Stadt vielfältiger Lebensweisen und –kulturen sowie interkultureller Offenheit.

„Chemnitz OPEN - gemeinsam tolerant“, Verein Kulturwerkstatt e.V.

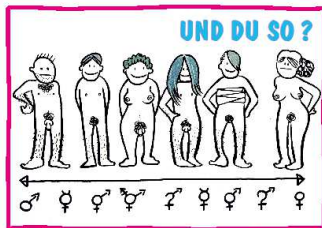


Foto: Ines Vorsatz

Unter dem Titel wurde mehrfach ein Willkommensfest im Stadthallenvorpark ausgerichtet. Der Aktionstag mit Begegnungsmöglichkeiten für Chemnitzerinnen, Chemnitzer, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Workshops und Kulturangeboten wurde sehr gut angenommen und hat gezeigt, dass ein Miteinander verschiedener Kulturen gelingen kann, wenn alle respektvoll miteinander umgehen.

„TÜDELÜ“ Chemnitz, Verein different people e.V.

Karte: different people e.V.



Der Verein different people e.V. ist bekannt für die erfolgreiche Arbeit im Themenfeld homo-, a-, bisexuell, trans- oder intergeschlechtlich lebender Menschen. Mit dem Stadtfest und weiteren Formaten des „TÜDELÜ“ ist es für mehrere Jahre gelungen, diese Themen in anderer Form in die Öffentlichkeit zu bringen. Sehr gut besuchte Veranstaltungen im Park vor der Stadthalle Chemnitz, in der Schönherrfabrik und im Chemnitzer

Rathaus zeigten, dass es Chancen gibt, das Thema Vielfalt von Lebens- und Liebeskultur in die Öffentlichkeit zu bringen. Entstanden sind eine sehr gute Ausstellung und eine Aufklärungsbroschüre.

„Bunter Sonnenberg“, Verein Sonnenberg Sozial e.V.



Foto: Quartiersmanagement

Der Stadtteil Sonnenberg hat eine bunt gemischte Bevölkerung. Vereinnahmungsstrategien von rechts-extremistischen Aktivistinnen und Aktivisten im Stadtteil haben dazu geführt, dass Bewohnerinnen und Bewohner sowie aktive Vereine aus dem Stadtteil Aktionen für Vielfalt und Toleranz gestartet haben. Außerdem bestand ein starkes Bedürfnis zur Vernetzung, um gemeinsam starke Zeichen zu setzen. Dazu wurden zahlreiche Veranstaltungen organisiert. Viele Engagierte aus dem Stadtteil beteiligen sich an den Chemnitzer Friedenswegen zum 5. März.

Fazit zur Umsetzung der Maßnahmen

Alle drei Leitziele der Zielpyramide wurden umgesetzt. Die vorgesehenen Projektziele und Teilnehmerzahlen wurden erreicht. Inhalte waren vielfältige gesellschaftliche Themen und Werte, die eine demokratische Gesellschaft ausmachen. Die Antragsteller beschäftigen sich u. a. mit Phänomenen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, Geschichtsrevisionismus, Nationalsozialismus, Rechtsextremismus, dem NSU, der Demokratie selbst und dem gewaltfreien Miteinander verschiedener Kulturen. Es hat sich bewährt, die Fördersäule 1 eigenständig zu belassen. Dadurch haben Engagierte vereinfachte Zugänge zu Fördermitteln.

2.1.3 Durchgeführte Maßnahmen Bundesprogramm „Toleranz Fördern – Kompetenz stärken“

Im Jahr 2011 wurde die Stadt Chemnitz in die Förderung durch das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ aufgenommen. Zielsetzung waren die Entwicklung integrierter lokaler Strategien (Lokale Aktionspläne), die Förderung themenbezogener modellhafter Maßnahmen (Modellprojekte: Jugend, Bildung und Prävention) sowie Förderung und Unterstützung qualitätsorientierter Beratungsleistungen in den landesweiten Beratungsnetzwerken.

Ausgewählte Maßnahmen aus dem Aktionsfonds finanziert über Bundesmittel und kommunale Mittel von 2012 bis 2015:

Leitziel 1

Chemnitzerinnen, Chemnitzer und Institutionen in Chemnitz gestalten aktiv ein demokratisches Gemeinwesen.

„So viele Geschichten – 80 Jahre Machtergreifung Hitlers“, Verein Klinka e.V



Im Rahmen dieses Projektes wurde eine Wanderausstellung erstellt und mehrfach im öffentlichen Raum erfolgreich gezeigt. Weiterhin wurden Dokumentationen erstellt sowie eine Internetseite realisiert, welche sich mit dem Thema Machtergreifung und Herrschaft der Nationalsozialisten und deren Spuren in Chemnitz auseinandersetzt.

Foto: Ines Vorsatz

Die Zielgruppe Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Kinder und Jugendliche, wurde erreicht. Außerdem erzielte die Ausstellung eine gute Resonanz bei sonst nicht erreichbaren Zielgruppen. Die Idee des Konzepts ging auf, indem vorbeilaufende Passantinnen und Passanten mit der Ausstellung konfrontiert wurden.

Leitziel 2

Chemnitzerinnen und Chemnitzer haben eine demokratische Haltung entwickelt und wenden sich gegen menschenverachtende Orientierungen.

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Chemnitz und Umgebung e.V.

„Gesicht und Stimme zeigen gegen Rechts“



Fotos: Ines Vorsatz

In einem Kooperationsprojekt wurde über mehrere Jahre ein positives Signal gegen rechte Gewalt gesetzt. Über 400 Menschen zeigten ihr Gesicht auf öffentlichen Plakaten. Es wurde über Symbole sowie Hintergründe rechter Ideologie informiert. Die Medienkampagne setzt zivilcouragiertes und aktives Handeln gegen neonazistisches und rechtes Gedankengut als Selbstverständnis in den öffentlichen Raum. Hierbei wurden passive und aktive Elemente der Auseinandersetzung mit dem Thema kombiniert. Die medienwirksame, auf Persönlichkeiten basierende Kampagne gegen Rechtsextremismus, rechte Gewalt, Rassismus und Antisemitismus ist erfolgreich gelaufen. Es hat sich jedoch gezeigt, dass nicht alle damit umgehen konnten. Die letzte Ausstellung der Plakate wurde stark beschädigt.

Aktion gegen Diskriminierung in Sport und Gesellschaft , Chemnitzer FC e.V.,Stadion an der Gellertstraße



Zeig Rassismus die rote Karte! Der Chemnitzer Fußballclub e.V. hat von 2013 bis 2016 mit dem Projektpartner Show Racism the Red Card – Deutschland e.V. erfolgreich zahlreiche Workshops durchgeführt. Der Verein bringt Kinder und Jugendliche mit dem Profisport zusammen. In interaktiven Workshops werden Inhalte der Antidiskriminierungsarbeit vermittelt.

Foto: Plakat CFC/Projektförderung

Die Teilnehmenden arbeiten zusammen mit Profisportlern, die aus der ganzen Welt und aus Deutschland kommen. Toleranz und gegenseitige Anerkennung werden dabei mit Freude und Professionalität vermittelt. Thematisiert werden auf kindgerechte Art und Weise Rassismus, Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit & Sexismus und das Zusammenleben in Vielfalt. Alle Workshops waren ausgebucht.

Leitziel 3

Chemnitz ist eine Stadt vielfältiger Lebensweisen und –kulturen sowie interkultureller Offenheit.

AG In- und Ausländer e.V., Ausstellung „Asylum“, Interkulturelle Filmwoche



Foto: AGIUA e.V.

Der Trägerverein AG In- und Ausländer führte ein Medien- und Installationsprojekt „Asylum“ durch, welches sich mit den Auswirkungen von Flucht und Vertreibung auseinandersetzte. Im Rahmen des Projektes arbeiteten 10 Gruppen über ein Projektjahr kontinuierlich an den Themen Asyl, Flucht, Vertreibung, Situation von Flüchtlingen in Deutschland. Entstanden sind dabei in Zusammenarbeit mit verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen, beispielsweise Schulen, Ausbildungseinrichtungen, FSJ Trägervereinen oder Studierenden, 10 interaktive Bildungsmodule zu der genannten Thematik. Durch die entstandenen Bildungsmodule, welche für Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Vereine sowie Akteurinnen und Akteure zur Verfügung stehen, ist die Nachhaltigkeit des Projektes gewährleistet. Im Rahmen der sehr guten Netzwerkarbeit entstanden neue Kontakte. Es konnten neue Kooperationspartnerinnen und -partner gewonnen werden. Die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen wurde erfolgreich eingebunden und erreicht. Die Ausstellung konnte inzwischen aktualisiert werden. Ein weiteres erfolgreiches Projekt ist die Interkulturelle Filmwoche. Im Rahmen der Interkulturellen Wochen werden durch

verschiedene Kooperationspartnerinnen- und partner Filme in vielen Einrichtungen gezeigt, die die Themen Flucht, Vertreibung und Integrationskonflikte behandeln. Beide Projekte wurden fortgesetzt und eine Weiterführung ist geplant.

Oscar e.V., Kunst- und Performance-Aktion zum Thema Migration, Flucht und Integration, „WILLKOMMEN - nichts ist süßer denn die Heimat“



Foto: Ines Vorsatz

In einem geführten Parcours konnten die Besucherinnen und Besucher der Aktion selbst in die Rolle von Migrantinnen und Migranten schlüpfen. Ziel war es, Asyl- und Bleiberecht in einem fiktiven Land zu erhalten und dabei absurde Hürden der Bürokratie, Entbehrungen und Verständigungsprobleme zu meistern. Das Projekt wurde überaus erfolgreich durchgeführt und übertraf alle Erwartungen. Durch den Einbezug von Migrantinnen und Migranten verschiedenster ethnischer Herkunft und die gemeinsame Arbeit wurden Vorurteile abgebaut und über die Auswirkungen politischer, ökologischer und wirtschaftlicher Katastrophen informiert.

Fazit zur Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“

Die Aufnahme der Stadt Chemnitz in die Förderung durch das Bundesprogramm „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ 2011, führte zu einem Qualitätssprung in der Arbeit mit dem LAP. Davon zeugen die erreichte Projektvielfalt und die Vielzahl der beteiligten Akteurinnen und Akteure.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Evaluierung des Förderprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ erfolgte eine bundesweite Auswertung der Umsetzung der lokalen Handlungsstrategie zur Demokratieförderung (LAP). Der LAP der Stadt Chemnitz wurde als erfolgreiches Beispiel benannt. Insbesondere die Verwaltung des Aktionsfonds an einer zentralen Stelle sowie die Anbindung des Strategiekonzepts an die Verwaltung wurden positiv beurteilt. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Vereine ihre Maßnahmen erfolgreich umgesetzt haben und von den entsprechenden Zielgruppen gut angenommen worden sind.

Als Erfolg kann auch die beteiligungsorientierte Planung von Fachtagen und Veranstaltungen verbucht werden. Die dadurch gewährleistete Bedarfsorientierung führte zu einer guten Resonanz auf die Veranstaltungen. Einen hohen Stellenwert nimmt der wertschätzende Umgang der aktiven Menschen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft miteinander ein. Hier haben der Begleitausschuss und die AG REX entscheidend zur Verbesserung beigetragen. Die etablierte Beteiligungskultur, die im Rahmen der Umsetzung des Bundesprogramms und des LAPs entstanden ist, wurde deshalb beibehalten und wird nachhaltig ausgebaut.

Im Rahmen des Förderprogramms wurden zahlreiche Fortbildungen und Fachtage durchgeführt. Die begonnene Ausrichtung des LAP als Präventionsinstrument ist erfolgreich weitergeführt worden. Die Präventionsplattform „Kompetent für Demokratie“ hat sich etabliert. Im Rahmen einer Steuerungsgruppe arbeiten Verwaltung, Bildungsagentur, Polizei und Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft zusammen, um nachhaltige

Präventionsarbeit für Demokratie und andere Präventionsbereiche zu sichern. Entstandene wertvolle Ansätze von demokratiebezogener Stadtteilarbeit wurden beibehalten, um vor Ort für die Anwohnerinnen und Anwohner sichtbare Zeichen für Demokratie zu setzen.

Mit den Ressourcen der kommunalen Koordinierungsstelle LAP wäre es nicht möglich gewesen, die im Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ erreichte Qualität zu erhalten. Deshalb wurde ein Nachfolgeantrag im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gestellt.

2.1.4 Durchgeführte Maßnahmen Bundesprogramm „Demokratie leben“ - Partnerschaft für Demokratie

2015 wurde die Stadt Chemnitz in die Förderung durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ aufgenommen. Auszug aus der Leitlinie:

„Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ will ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene fördern. Vereine, Projekte und Initiativen werden unterstützt, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und insbesondere gegen Rechtsextremismus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie z.B. Rassismus und Antisemitismus, arbeiten. Darüber hinaus können auch andere Formen von Demokratie- und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, von politisierter oder vorgeblich politisch bzw. religiös legitimer Gewalt, von Hass und politischer Radikalisierung Gegenstand präventiver Arbeit und damit Gegenstand der Förderung durch das Bundesprogramm sein.

„Die „Partnerschaften für Demokratie“ sollen die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteurinnen und Akteure für Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit sowie für die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger unterstützen und zur nachhaltigen Entwicklung lokaler und regionaler Bündnisse in diesen Themenfeldern beitragen.“ Dabei wird die Verwaltung durch die externe Koordinierungsstelle im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ unterstützt, die das Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V. betreut.

Ausgewählte Maßnahmen zur Untersetzung der Zielstellungen 2015 bis 2018:

Leitziel 1

Chemnitzerinnen, Chemnitzer und Institutionen in Chemnitz gestalten aktiv ein demokratisches Gemeinwesen.

Huckepack Mentoring, Kindertagesstätten Stadt Chemnitz, Huckepack-Kinderförderung e.V., „Violence Prevention Network“ Berlin e.V.



Gewaltprävention und die Förderung sozioemotionaler Kompetenzen sind ein Schwerpunkt der Förderung. Innovativ ist dabei unser integrativer und zielgruppenorientierter Ansatz bei der Arbeit mit gefährdeten Kindern, deren Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Hortnerinnen und Hortner, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Kinder-/Jugendarbeit, die umfassende wissenschaftliche Betreuung und Evaluation der im Projekt enthaltenen Maßnahmen wie auch der regelmäßige Austausch der beteiligten Gruppen und Professionen.

Bild: Flyer VPN

Ziele sind, mit frühzeitigen, indizierten, umfassenden und nachhaltigen Maßnahmen die Vermittlung demokratischer und toleranter Grundwerte zu fördern, über den Projektverlauf

Kompetenzen im Umgang mit konfliktbelasteten Kindern zu vermitteln und ein umfassendes Problemverständnis für Familien in Konfliktsituationen aufzubauen. Ausgrenzungsgefährdete Kinder lernen im Rahmen der Förderung, sich besser in das gesellschaftliche Leben zu integrieren, wodurch die frühkindliche Entwicklung, der tolerante Umgang miteinander gefördert wird und damit schlussendlich ein entscheidender Beitrag zur Gewaltprävention geleistet wird. Das Projekt wurde inzwischen zum Modellprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ weiterentwickelt.

ASA-FF e.V. Unentdeckte Nachbarn - politisches Rahmenprogramm: Sechstägiges Theatertreffen zum 5. Jahrestag der Aufdeckung der NSU-Verbrechen Anfang November 2016

Das Projekt leistet einen Beitrag zu öffentlichen und konstruktiven Debatten in Südwestsachsen über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die den NSU Komplex möglich gemacht haben. Das schließt zum einen die Frage nach der Aufarbeitung der Verbrechen mit einem besonderen Fokus auf die in Südwestsachsen weiterbestehenden rechten Strukturen wie auch die Situation der Betroffenen rechter Gewalt ein. Zum anderen zeigt das Projekt neue Möglichkeiten, Visionen, Perspektiven und Methoden für Handlungsalternativen im Hinblick auf das Zusammenleben in einer pluralen und diversen Gesellschaft. Mit fiktionalen, dokumentarischen und diskursiven Strategien erweiterten Theaterschaffende in den letzten Jahren die mediale Auseinandersetzung um den NSU enorm. Mehr als 10 Theaterstücke sind in den letzten Jahren zum Thema entstanden. Die Stücke übersetzen Fakten und die trockene Sprache der Juristen, öffnen den Blick für die Situation der Betroffenen der NSU-Verbrechen oder erforschen die Gräben zwischen den Kulturen, welche durch die Morde und Anschläge und auch durch die Ermittlungen aufgerissen wurden. Das Theatertreffen in Chemnitz dient als kreative Plattform für Perspektivwechsel, Diskursöffnung und den Austausch für Akteurinnen und Akteure aus Stadt, Zivilgesellschaft und Kultur aus Südwestsachsen mit dem Ziel, eine breitere Öffentlichkeit für Leerstellen in der Aufarbeitung zu sensibilisieren und Impulse für eine stärkere Übernahme von Verantwortung in diesen Bereichen zu generieren, die sich im Anschluss in konkreten Positionierungen und Aktivitäten einzelner Akteure und Akteurinnen widerspiegeln.

Leitziel 2

Chemnitzerinnen und Chemnitzer haben eine demokratische Haltung entwickelt und wenden sich gegen menschenverachtende Orientierungen.

Bürgerstiftung für Chemnitz , Aktionstag zum UN Weltfriedenstag am 21.09.2015

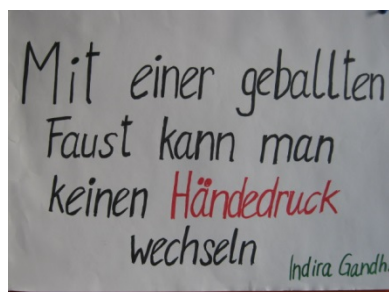


Foto: Ines Vorsatz

Angesprochen waren Chemnitzerinnen und Chemnitzer, die mit einer Friedensbotschaft ein Zeichen für Weltoffenheit und Demokratie setzen wollten. Die Zielgruppe wurde erreicht, allein schon wegen der öffentlichen Präsenz auf dem Markt. Auch wurden viele dazu bewegt, sich mit einer Friedensbotschaft fotografieren zu lassen, da die Standbetreuerinnen und -betreuer sowie ehrenamtliche Helfer Passantinnen und Passanten ansprachen und zum aktiven Mittun motivierten.

Probleme haben sich dabei nicht ergeben. Es entwickelten sich spannende Diskussionen über den Frieden und wie dieser in der Welt umgesetzt werden kann. 200 Personen beteiligten sich an der Aktion und gaben ein Statement ab, welches danach in den sozialen Medien veröffentlicht wurde.

Courage-Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. - Netzstelle Chemnitz „Couragiert in Schule und Ausbildung - Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Einstellungen“

Seit mehreren Jahren führt die Courage-Werkstatt Projektstage ab Klasse 8 aller Schultypen zu den Schwerpunktthemen Diskriminierung, Rassismus, Migration, menschenverachtende Einstellungen und Rechtsextremismus durch. Die Projektstage werden sehr gut angenommen. Die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen wird gut erreicht. Die Themen werden kontrovers und auch konstruktiv diskutiert. Ein Beleg für den erhöhten Bedarf dieses Angebots ist die starke Nachfrage aus den Schulen.

Leitziel 3

**Chemnitz ist eine Stadt vielfältiger Lebensweisen und –kulturen sowie interkultureller
Offenheit.**

„Über den Plattentellerrand hinaus“ und „Salam Chemnitz - eine Geschichte der Freundschaft“, Kulturverein Spinnerei e.V.



Foto Spinnerei e.V.

Die Maßnahmen zur Begegnung mit Geflüchteten und zur politischen Bildung wurden mit großer Resonanz durchgeführt. Die sehr hohe Anzahl von Teilnehmenden hat gezeigt, dass der Bedarf vorhanden ist, Kulturveranstaltungen zum Thema Asyl durchzuführen. Weitere Schwerpunkte waren Integrationsarbeit für junge Asylsuchende, politische Bildung, Homosexualität in anderen Kulturen und medienpädagogische Arbeit mit Jugendlichen aus Chemnitz und aller Welt. Die erfolgreichen Formate machen Mut zu mehr Engagement für Integration.

KulturTragwerk Sachsen e.V. „ibug steht für Beteiligung/gegen Ausgrenzung“ - Internationales Kunstprojekt im öffentlichen Raum zum Thema Ausgrenzung „Distrikt Chemnitz“



Foto: Ines Vorsatz



Aushang vor Ort, Bundesprogramm „Demokratie Leben“

Als gelungenes Beispiel gilt das Projekt „ibug steht für Beteiligung/gegen Ausgrenzung“, welches 2017 stattfand. Gemeinsam mit dem Künstler Florian Huber wurde eine Installation entwickelt, die das Thema Ausgrenzung/Beteiligung in ihrer Dualität sichtbar machte.

Aus Bauzäunen wurde ein "Distrikt Chemnitz" geschaffen. Die Installation direkt am Karl-Marx-Monument in der Innenstadt thematisierte neue Mauern in Köpfen und geforderte Grenzen zur Ausgrenzung Geflüchteter. Gleichzeitig lud die Installation zur Beteiligung ein. So konnten sich Bürgerinnen und Bürger mit diesem Thema vor Ort auseinandersetzen oder auch eigene Themen in die einzelnen "Zellen" einbringen. Die Installation war ein voller Erfolg. Dass die erhoffte Wirkung eingetreten ist, konnte man an dem außergewöhnlichen medialen Interesse und den Besucherinnen und Besuchern vor Ort feststellen. Die Installation wurde als Provokation verstanden und erkannt, dass das Thema Flucht und Vertreibung thematisiert wird. Gleichzeitig nutzten 30 Vereine, Schulklassen, Künstlerinnen und Künstler die Gelegenheit, sich entweder mit diesem Thema vor Ort kreativ in einer Zelle auseinanderzusetzen oder andere wichtige Themen zu platzieren. Dazu gehörten: NSU in Chemnitz, Homosexualität - LSBTQ*, Obdachlosigkeit, Lebensziele, rechte Szeneläden, politische Satire, Musikauftritte, Kunstinstallationen, Bürgerinitiativen und vieles mehr.

Es bildete sich eine Gruppe von 140 Unterstützerinnen und Unterstützern, die das Projekt konstruktiv unterstützten. Das Feedback der teilnehmenden Personen fiel durchweg positiv aus. Viele Akteurinnen und Akteure haben sich mit viel Freude an dem Projekt beteiligt und auch die Gelegenheit zur Vernetzung genutzt. Zu verzeichnen war aber auch, dass es Personen gab, die mit Gewalt auf das Projekt reagierten. Besonders im Fokus stand die zum NSU Chemnitz eingerichtete Zelle, die mehrfach neu gestaltet werden musste. Deutlich wurde auch die ambivalente Rolle der Medien, in denen das Projekt und die Förderpraxis kritisch, kontrovers und teilweise herabwürdigend thematisiert wurde. Insgesamt hat die Umsetzung des Projektes in Resonanz und Beteiligung alle Erwartungen übertroffen.

Neue Arbeit Chemnitz e.V./Initiative EH! „Interkulturelles Stadtteilst und Vernetzungsarbeit zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Asylsuchenden und Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten in Hilbersdorf und Ebersdorf“



Foto Ines Vorsatz

Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner, Migrantinnen und Migranten, Vereine, Initiativen, Einrichtungen und Unternehmen gestalteten 2016 ein multikulturelles Stadtteilst. Mit über 500 Besucherinnen und Besuchern aus verschiedenen Ländern und Einheimischen des Stadtteils war das Stadtteilst eine gelungene Veranstaltung. Das Stadtteilst verlief in einer angenehmen Atmosphäre und im friedlichen Miteinander verschiedener Personen und Gruppen. Während des Festes kam es zu vielen persönlichen Begegnungen und Gesprächen. Alle Auswertungen und Rückmeldungen während des Festes (Besucherinnen und Besucher, Veranstalterinnen und Veranstalter, Partnerinnen und Partner) und im Nachgang (Auswertung mit den Organisatorinnen und Organisatoren, Veranstalterinnen und Veranstaltern und auch Presseartikel und das Feedback aus der Stadtteilstunde) waren ausgesprochen positiv.

Durch die Aufstockung von Fördermitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ um 200.000,00 € konnten für das Jahr 2018 zusätzliche Maßnahmen gefördert werden:



Fotos: CWE

Durch die Kulturbahnhof Chemnitz gGmbH wurde in Kooperation mit der CWE ein „Festival für Toleranz und Demokratie“ am 03.10.2018 mit ca. 2000 Teilnehmenden und über 20 Vereinen und Initiativen durchgeführt. Im Rahmen des Projekts fand auch ein Stiftertreffen statt. Durch die Kooperationsveranstaltung mit dem Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V. konnten erfolgreich mehrere Stiftungen mit Chemnitzer Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft verbunden werden. Es wurde außerdem eine Dokumentation zum Thema „Weltoffenes Chemnitz“ erstellt.

Die Freunde der Kunstsammlungen führten das Projekt „Interkulturelle Dialoge im Museum“ durch. Das sehr vielseitig gestaltete Programm bündelte künstlerische Aktionen, Ausstellungen und Dialogformate. Ab dem 3. Oktober 2018 konnten die beiden Videoarbeiten „Again Noch einmal“ (2018) und über Angst und Bildung, Enttäuschung und Gerechtigkeit, Protest und Spaltung in Sachsen Deutschland (2016 – fortlaufend) des 1981 in Dresden geborenen Künstlers Mario Pfeifer gezeigt werden. Die Kunstsammlungen waren damit das erste öffentliche Museum, in dem die für die Berlin Biennale 2018 produzierte 2-Kanal-Video-Installation „Again/Noch einmal“ mit den bekannten Schauspielern Dennesch Zoudé und Mark Waschke zu sehen war.

Durch den Förderverein der Theater Chemnitz e. V. wurde die Kammeroper „Die weiße Rose“ in Chemnitz gezeigt. „Sie schildert die letzte Stunde der Geschwister Hans und Sophie Scholl vor ihrer Hinrichtung am 22. Februar 1943. Als führende Mitglieder der Widerstandsgruppe Weiße Rose kämpften sie bis zum Moment ihres Todes mutig gegen die nationalsozialistische Herrschaft.“ (Zitat Theaterprogramm) Der Förderverein begründete diese Aktion wie folgt: „Angesichts dessen ist nicht zu verstehen, dass die weiße Rose, dieses antifaschistische Symbol, im September 2018 in Chemnitz bei einem populistischen „Trauermarsch“ direkt neben verbotenen Symbolen des Rechtsextremismus getragen wurde.“

Jugendfonds und Chemnitzer Jugendforum - koordiniert vom Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V.

Ein Baustein der Förderung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ist die Anforderung, eine partizipative Jugendarbeit zu fördern. Bestandteile sind das Chemnitzer Jugendforum und der Jugendfonds. Im Jugendforum entscheiden die Jugendlichen selbst über die Förderung von Projekten.

Verfahren zur Projektförderung:

Für Maßnahmen oder Projektideen von Kindern und Jugendlichen, die über den Jugendfonds eine Förderung erhalten wollen, wurde im Jahr 2015 ein niedrighschwelliger Projektantrag sowie ein dazugehöriger "Beipackzettel" zur Unterstützung entwickelt. Mittels des Projektantrags können interessierte Kinder und Jugendliche ihre Projektidee an das Chemnitzer Jugendforum oder an die Externe Fach- und Koordinierungsstelle einreichen.

Neben der inhaltlichen Beschreibung des Projektes, dessen nachzuweisende Nachhaltigkeit sowie die Darstellung des Finanzplans, muss sich der Projektantrag an den Handlungszielen der Chemnitzer "LAP-Zielpyramide" orientieren. Die Antragstellerin oder der Antragssteller haben nach Einreichung des Antrags die Möglichkeit, ihr Projekt in einer Sitzung des Jugendforums vorzustellen. Nach Vorstellung der Maßnahme/des Projektes im Jugendforum entscheidet das Jugendforum demokratisch über die Förderung der Maßnahme. Antragstellerinnen oder Antragssteller können Jugendliche im Alter von 14 bis 27 Jahren sein.

Im Folgenden werden Maßnahmen aufgeführt, die über den Jugendfonds des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Zeitraum von 2015 bis 2018 gefördert wurden:

Projektförderung 2015

- 1) GraffitiJam – Gestalten einer Graffitiwand
- 2) Refugees-Welcome-Kickerturnier
- 3) Das große T – Projekt zur Sensibilisierung für das Thema Transidentität
- 4) Künstlerische, kulturelle und kulinarische Reise nach Japan
- 5) ArschKreativ Kunstfestival Herbst 2015 – Kunst kennt keine Grenzen
- 6) Das Jugendforum lädt ein zum Kennenlernen – Stadtratspolitik greifbar machen

Vorstellung und Beschreibung einiger ausgewählter Projekte aus dem Jahr 2015:

Das große T – Projekt zur Sensibilisierung für das Thema Transidentität

Im Rahmen des „Tüdelü“ 2015 (ein Fest für hetero-, homo-, bisexuell-, oder trans*lebende Menschen), wurde ein T-förmiger Gang initiiert, um für das Thema „Transidentität“ zu sensibilisieren. Junge Menschen organisierten diesen Gang, um verschiedenste Probleme bildhaft zu veranschaulichen und die unterschiedlichen Wege von Trans*menschen in allen Lebenslagen aufzuzeigen und nacherlebbar darzustellen. Für die Gruppe dieser jungen Menschen bedeutete das Projekt einen großen Schritt Richtung Öffentlichkeit. Ziel war es, mehr Akzeptanz und Toleranz für diese Thematik zu erreichen.

Refugees-Welcome-Kickerturnier

Über das Spiel „Kicker“ wurde ein Begegnungsturnier zwischen jungen Chemnitzerinnen und Chemnitzern mit und ohne Migrationshintergrund sowie Geflüchteten geschaffen. Das Projekt verstand sich als Teil und Angebot einer Chemnitzer Willkommenskultur und transportierte über Redebeiträge, Stände und einem Kulturprogramm eine weltoffene Haltung nach außen. Die Veranstaltung informierte über die Situation von Flüchtlingen in Chemnitz und brachte junge Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen.

Projektförderung 2016

Auch im Jahr 2016 wurden über den Jugendfonds Projekte von Kindern und Jugendlichen gefördert. Insgesamt erhielt das Chemnitzer Jugendforum neun eingereichte Projektideen, wovon über sieben Projekte positiv entschieden wurden:

- 1) Täter* auf der Spur – Nazis weg-Bassen
- 2) Geschichtswerkstatt zum Thema NSU
- 3) Workshops innerhalb der Aktionswoche „Gemeinsam sind wir stark“ – Schülerrat
Einsiedel
- 4) Filmvorführung des Dokumentarfilms „Spree Hotel“
- 5) Theaterstück - „Es muss von Herzen kommen, was auf Herzen wirken soll“ - IG „Eine Welt“
- 6) „Be a Part(y)“
- 7) „Jugendforum baut – Einsatz von Pfandkisten“

Vorstellung und Beschreibung einiger Projekte aus dem Jahr 2016:

Geschichtswerkstatt

Es wurde eine Geschichtswerkstatt initiiert, bei der sich junge Menschen mit neonazistischen/rechtsradikalen Strukturen in und um Chemnitz in der Nachwende-Zeit beschäftigten. Dabei entwickelten sich die Jugendlichen zu Expertinnen und Experten bezüglich des Themas. Durch die jugendspezifische Perspektive auf die Thematik können die Jugendlichen vor allem gleichaltrige Personen dafür sensibilisieren.

„Be a Part(y)“

Es wurde ein Nachmittag mit verschiedenen Workshops (z. B.: Jonglieren, Malen, Theater, Slackline etc.) durchgeführt, an dem junge Geflüchtete mit jungen Einheimischen in Kontakt treten konnten. Die Workshops boten viele Möglichkeiten zum Ausprobieren. Zudem lernten junge Geflüchtete (und ebenfalls junge Chemnitzerinnen und Chemnitzer) neue Möglichkeiten der Freizeitgestaltung kennen. Dadurch konnten Begegnungen geschaffen und neue Freundschaften gebildet werden. Außerdem steigerte das Zusammensein mit fluchterfahrenen Menschen die Empathie und Sensibilität für die Situation Geflüchteter. Spielerisch und ohne Zwang verbrachten die Jugendlichen einen Nachmittag zusammen und begegneten sich auf Augenhöhe. Dadurch konnte ein Grundstein für den Prozess der gelingenden Integration dieser Jugendlichen gelegt werden.

Projektförderung 2017

Im Jahr 2017 erhielt das Chemnitzer Jugendforum sechs eingereichte Projektideen, die eine Förderung aus dem Jugendfonds erhielten.

- 1) Deutschland zwischen Willkommenskultur und Abschiebung – eine Graffitiaktion zum Chemnitzer Friedenstag
- 2) 5 Jahre ArschKreativ Kunstfestival
- 3) Projekttag Flucht und Verfolgung weltweit
- 4) Stockschlacht – Kubbspiele aller Länder vereinigt Euch!
- 5) Ausfahrt Bundestag
- 6) Jugendbeteiligung kann überall – Mobile Stage!

Vorstellung und Beschreibung einiger Projekte aus dem Jahr 2017:

Stockschlacht – Kubbspiele aller Länder vereinigt Euch!

Bei dem Projekt wurden verschiedene Kubb-Turniere im Rahmen großer interkultureller und jugendorientierter Veranstaltungen in Chemnitz durchgeführt. Kubb ist ein strategieorientiertes Outdoor- und Geschicklichkeitsspiel. Das Spiel ist gewaltfrei und integrativ orientiert und wirkt sich positiv auf Geschicklichkeit und strategisches Denken aus. Es werden Sozialkompetenz und Teamfähigkeit gefördert. Die Spiele wurden von behinderten jungen Menschen des Lebenshilfe e.V. hergestellt. Das Ziel des Projekts bestand in der Begegnung und im spielerischen Einbezug junger Geflüchteter in die Turniere. Das Projekt ermöglichte gender- und altersgerechte Mitbestimmungsprozesse, vermittelt Demokratie als Lebensform und unterstützte die Jugendlichen beim Erwerb und Ausbau sozioemotionaler Kompetenzen und in der Fähigkeit zur gewaltfreien Lösung von Konflikten.

Jugendbeteiligung kann Überall! – Mobile Stage

Das Chemnitzer Jugendforum besitzt den Anspruch, Jugendliche in Chemnitz für Politik zu begeistern, sie in aktuelle Debatten einzubeziehen und ihre Interessen zu vertreten. Um mehr an öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen teilzunehmen und präsent zu sein, entstand das Projekt der sogenannten „Mobilen Stage“. Mittels einer Art mobiler Mini-Veranstaltungsfläche, einer mobilen Bühne, möchte das Jugendforum mehr öffentliche Präsenz erzeugen und nachhaltig weitere Jugendliche für ihre Arbeit gewinnen. Umgesetzt wurde diese mobile Bühne durch einen farblich gestalteten, faltbaren Bollerwagen, der

entsprechend der verschiedenen Veranstaltungen ausgerüstet und genutzt werden kann. Mittels der „Mobilen Stage“ konnten die Jugendlichen schnell und unkompliziert an verschiedenen Festen, Veranstaltungen, Konzerten, Poetry Slams und Demonstrationen teilnehmen und mit Chemnitzer Jugendlichen in Kontakt treten. Nicht nur Dialog und Austausch wurden gefördert, sondern ebenfalls über Bedürfnisse und Anliegen Jugendlicher gesprochen. Diese Anliegen konnten durch das Jugendforum stärker in die Stadt transportiert werden.

Projektförderung 2018

Im Jahr 2018 erhielt das Chemnitzer Jugendforum sechs eingereichte Projektideen, von denen fünf eine Förderung aus dem Jugendfonds erhielten.

- 1) Aussteiger „Chris“ besucht unsere Schule
- 2) Graffitiworkshop - Null Toleranz für Intoleranz
- 3) Projekttag Feminismus
- 4) Wie siehst du Europa?
- 5) ChemSog – Politik/Macht/Medien

Vorstellung und Beschreibung einiger Projekte aus dem Jahr 2018:

Graffiti-Workshop zum Thema "Chemnitz für Menschlichkeit - Null Toleranz für Intoleranz"
Schülerinnen und Schüler der Montessori-Schule boten am 1. Mai 2018 einen Graffiti-Workshop zum Thema "Chemnitz für Menschlichkeit - Null Toleranz für Intoleranz" im Rahmen des 1. Mai 2018, einem Fest für Demokratie und Toleranz vor dem Archäologie-Museum, an. Gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen mit oder ohne Fluchterfahrung konnten 20 Flächen gemeinsam besprüht werden, um damit ein Zeichen gegen den bundesweiten Aufmarsch der rechten Szene in Chemnitz („Der Dritte Weg“) zu setzen. Das Motto des Workshops lautete "Aktion füreinander und miteinander - für ein weltoffenes, tolerantes Chemnitz". Die fertiggestellten Werke dienen auch zur Wiederverwendung auf Ausstellungen, bei Kundgebungen oder Demonstrationen. Die Jugendlichen machten die Erfahrung, dass sie sich im öffentlichen Raum ausdrücken können und gehört werden und arbeiteten Hand in Hand mit Jugendlichen mit Flucht- bzw. Migrationshintergrund im Rahmen des Projekts zusammen.

Wie siehst Du Europa?

Bei dem "MailArt-Projekt" wurden Chemnitzer Jugendliche in Chemnitz aufgefordert, ihre Ideen zu Europa durch Briefe, Karten, Gegenstände und Dokumentationen an die Galerie Laterne zu versenden. Jugendliche in Chemnitz sollten durch das Projekt die kulturelle Vielfalt Europas als willkommene Chance für ihr individuelles Lebensumfeld und auch für Perspektiven der Stadt im weiteren Sinn begreifen. Sie wurden animiert, sich Gedanken über ihre Vorstellungen zur EU und ihre Perspektiven zu machen. Es fand im Rahmen der Ausstellung der "MailArt" an der TU-Chemnitz eine Begegnung mit Studierenden aus europäischen Nachbarländern statt. Durch die teilweise kritische Auseinandersetzung mit Europa im Rahmen von Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen, die die Ausstellung begleiteten und bei der auch über ähnliche Projekte innerhalb der EU berichtet wurde, sollten Vorurteile angebaut und das Interesse an anderen Kulturen geweckt werden. Zudem bekamen Jugendliche die Möglichkeit, sich darüber zu informieren, wie Entscheidungsprozesse innerhalb der EU funktionieren und wie sich diese direkt auf Chemnitz auswirken.

Zusammenfassung der bisherigen Arbeit des Jugendforums

Mithilfe der Unterstützung von Jugendscouts (Peer to Peer-Ansatz) gelang es, junge Menschen für die Teilnahme am Jugendforum zu akquirieren. Nach wie vor besteht die Herausforderung darin, das Jugendforum in seiner Aktivenzahl stabil zu halten. Es besteht

eine hohe Fluktuation, da engagierte Jugendliche nach Schulabschluss sehr häufig nicht in Chemnitz bleiben und sich somit nicht mehr vor Ort engagieren können. Die Aktiven des Jugendforums erleben ihre Arbeit in Bezug auf die Selbstentscheidungskompetenz zu den Projektanträgen als erfolgreich. Weniger erfolgreich ist die Wirkung in den Sozialraum der Stadt. Hier bestehen die Aufgabe und der Wunsch, sich in das geplante Konzept zum Thema Jugendbeteiligung einzubringen. Weitere Schwerpunkte bestehen darin, eine nachhaltige Struktur zur Jugendbeteiligung zu entwickeln, neue Mitglieder zu gewinnen und die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren.

Fazit zur Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“:

Als erfolgreich haben sich besonders solche Maßnahmen erwiesen, die konkrete Anlässe zum Handeln als Hintergrund hatten. Dies betrifft besonders die anlassbezogene Auseinandersetzung mit in Chemnitz agierenden und teilweise verorteten rassistischen und menschenverachtenden Bewegungen, Parteien und Initiativen (z. B. der Aufmarsch der Partei „Der Dritte Weg“ am 1. Mai 2018).

Das Bundesprogramm ist durch die Förderung der externen Koordinierungsstelle, dem Jugendforum, Zuschüsse zum Aktionsfonds und der Förderung von Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit eine wertvolle Ressource. Die Arbeit mit dem LAP kann auf wesentlich höherem Niveau geleistet werden als ohne Bundesförderung. Dazu kommt, dass innerhalb des Bundesprogramms Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden, die sonst nicht zur Verfügung ständen. Dazu gehören Angebote für Mitglieder des Begleitausschusses, Koordinatorinnen und Koordinatoren, Mitarbeitende der Verwaltung und Engagierte der Zivilgesellschaft. Bundesweite Vernetzungstreffen tragen außerdem dazu bei, dass Best-Practice-Beispiele und erfolgreiche Strategien vermittelt werden. Gefördert durch das Bundesprogramm entstand das Demokratiezentrum Sachsen, welches engagierte Kommunen und Gebietskörperschaften in Sachsen vernetzt und unterstützt.

2.1.5 Ergebnisse der Umsetzung der kommunalen Handlungsstrategie von 2012 bis zum 1. Halbjahr 2018

Die durch die Engagierten und Initiativen durchgeführten Maßnahmen führten in den meisten Fällen zu Erfolgserlebnissen. Damit bietet der LAP als kommunales Strategiekonzept einen erfolgreichen Rahmen für bürgerschaftliches Engagement und Möglichkeiten der eigenen Potenzialentfaltung. Die Aktivitäten wirken unmittelbar in die jeweiligen Sozialräume, in denen Engagierte und Initiativen aktiv sind. Sie stärken durch ihre aktive Arbeit und das Vermitteln demokratischer Werte den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die kommunale Handlungsstrategie zur Demokratieförderung stärkt Akteurinnen und Akteure und motiviert zu weiteren Aktivitäten.

Projektevaluierung und Controlling

Die Mitglieder des Begleitausschusses (BGA) führen ein Controlling (Projektbesuche) der Projektarbeit durch und werten die Ergebnisse mit dem BGA im Rahmen der regulären Sitzungen aus. Die Koordinierungsstelle informiert regelmäßig über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen.

Die beteiligten Einzelprojekte evaluieren ihre Projekte im Rahmen einer Selbstevaluation. Es wurde ein Fragebogen zur Selbstevaluation entwickelt, der an die Projektträgerinnen und -Träger ausgereicht wird und dessen Rückläufe ausgewertet werden. Im Rahmen der Antragsberatung wird besonderer Wert auf die klare Formulierung von Zielen und Indikatoren gelegt, um die Qualität der Einzelprojekte zu fördern und die Evaluation der Arbeit auf Trägerebene sowie im BGA zu unterstützen.

Auf Ebene des LAPs als Förderinstrument und Beteiligungsprozess sichern Fachveranstaltungen mit Akteurinnen und Akteuren der Verwaltung und Zivilgesellschaft die Qualitätssicherung sowie Zielüberprüfung ggf. Zielkorrektur ab.

Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass alle 3 Leitziele mit Projekten untersetzt wurden. Die Vielfalt der Veranstaltungen sichert ab, dass verschiedene Zielgruppen erreicht werden. Die Zielpyramide wurde bedarfsorientiert untersetzt und verfolgte realistische Ziele. Erst mit der Änderung der gesellschaftspolitischen Lage zeigte sich eine Änderung der Handlungsbedarfe. Darauf wurde mit der nun vorliegenden Änderung der Zielpyramide reagiert.

**Auswertung der mit kommunalen Mitteln geförderten Maßnahmen
Fördersäule 1 im Berichtszeitraum 2012 bis 2018:**

Jahr	Anzahl der umgesetzten Maßnahmen	Anzahl der Teilnehmenden, bzw. erreichten Adressaten	Untersetzung der Ziele in der Zielpyramide durch Maßnahmen	Zufriedenheit der Projektträger mit der eigenen Projektdurchführung (max. 7 Punkte)
2012	34	12216	1, 2, 3 Schwerpunkt Leitziel 2	6,2
2013	36	20691	1, 2, 3 Schwerpunkt Leitziel 2	6,1
2014	41	46167	1, 2, 3 Schwerpunkt Leitziel 2	6,2
2015	30	9014	1, 2, 3 Schwerpunkt Leitziel 2	6
2016	32	13791	1, 2, 3 Schwerpunkte Leitziele 2 und 3	6,2
2017	32	14327	1, 2, 3 Schwerpunkte Leitziele 2 und 3	6,1
2018	31	n. n. erfasst	1, 2, 3 Schwerpunkte Leitziele 2 und 3	n. n. erfasst

Auswertung der im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ geförderten Maßnahmen 2012 bis 2014:

Jahr	Anzahl der umgesetzten Maßnahmen	Anzahl der Teilnehmenden, bzw. erreichten Adressaten	Untersetzung der Ziele in der Zielpyramide durch Maßnahmen	Zufriedenheit der Projektträger mit der eigenen Projektdurchführung (max. 7 Punkte)
2012	7	10353		6,5
2013	8	6086	1, 2, 3 Schwerpunkt Leitziel 2	5,8
2014	6	2033	1, 2, 3 Schwerpunkt Leitziel 2	6,5

Die Ziele des LAP wurden umgesetzt. Es wurden neue Vernetzungen erreicht bzw. alte ausgebaut, so dass eine nachhaltige Wirkung feststellbar war. Entstanden ist außerdem die Webbasierte Vernetzungsplattform www.devito-chemnitz.de, die für alle Interessierten Informationen zur Demokratieförderung zusammenfasst und umfangreiche Informationen zu Veranstaltungen enthält.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Evaluierung des Förderprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ erfolgte eine bundesweite Auswertung der Umsetzung der lokalen Handlungsstrategie zur Demokratieförderung (LAP). Die Umsetzung des LAPs der Stadt Chemnitz wurde als erfolgreiches Best-Practice-Beispiel benannt.

Auswertung der im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben“ geförderten Maßnahmen:

Das Bundesprogramm hat 2015 begonnen und läuft bis 2019.

Auswertung der geförderten Maßnahmen:

Jahr	Anzahl der umgesetzten Maßnahmen	Anzahl der Teilnehmenden, bzw. erreichten Adressaten	Untersetzung der Ziele in der Zielpyramide durch Maßnahmen	Zufriedenheit der Projektträger mit der eigenen Projektdurchführung (max. 7 Punkte)
2015	9	73166	1, 2, 3 Schwerpunkte Leitziele 2 und 3	6
2016	7	6369	1, 2, 3 Schwerpunkte Leitziele 1 und 2	6,8
2017	7	7481	1, 2, 3 Schwerpunkte Leitziele 1 und 2	6,4
2018	11	n. n. erfasst	1, 2, 3 Schwerpunkte Leitziele 2 und 3	n. n. erfasst

Maßnahmen im Rahmen der Förderprogramme werden grundsätzlich im Rahmen von Projekten durchgeführt und sind befristet. Sie erreichen trotzdem die gesteckten Ziele und Zielgruppen. Im Rahmen der Arbeit mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sind die Rückmeldungen zur Zufriedenheit überwiegend gut bis sehr gut. Sehr viele Projektträgerinnen und Projektträger geben an, dass sie durch das Projekt neue Kooperationspartnerinnen- und partner gefunden haben. Bestehende Kontakte wurden stabilisiert. Die gemeinsamen Erfolgserlebnisse durchgeführter Maßnahmen hat vielen Menschen Mut gemacht, sich weiterhin zu engagieren. Eingebunden werden neben hauptamtlich Aktiven auch viele ehrenamtlich Tätige. Als besonders wichtig empfinden viele die Tatsache, dass die Verwaltung durch die Bereitstellung der Fördermittel das demokratische Engagement stärkt.

Eine Herausforderung ist, dass vielen kleinen Initiativen die Ressourcen fehlen, um gezielter Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Hier konnte die externe Koordinierungsstelle des Bundesprogramms „Demokratie leben“ gezielte Unterstützung leisten. Die sehr gute Vernetzung der engagierten Chemnitzer Zivilgesellschaft hat ebenfalls dazu geführt, dass Ressourcen ausgetauscht werden konnten.

Das Erstarken rechtspopulistischer und demokratiefeindlicher Bewegungen erfüllt Bürgerinnen und Bürger mit Sorge. Das führt verstärkt dazu, sich in und mit eigenen Projekten für demokratische Werte einzusetzen. Einen breiten Raum nehmen Maßnahmen ein, die in diesen Zusammenhang ganz bewusst darauf reflektieren, dass der Zusammenhang mit Geschichtsrevisionismus, Relativierung des Holocausts und die Abwertung von Menschengruppen klar benannt wird. In diesem Kontext wird auch das Unterstützungssystem des NSU in Chemnitz aufgearbeitet (ASA FF e. V.).

Mit sehr großem Erfolg wurden Maßnahmen durchgeführt, die die Strategie des gewaltfreien Miteinanders und des Selbstverständnisses der Vielfalt von Lebenskulturen verfolgen.

Dazu tragen die in den Projekten gemachten Erfahrungen bei, dass Begegnungen Vorurteile abbauen können und positive Gemeinschaftserlebnisse zur Veränderung des Stadtlebens führen (AGUIA e. V.: „Interkulturelle Wochen und Filmwochen“, Spinnerei e. V.: „Salam Chemnitz“). Als wertvoll hat sich erwiesen, dass Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in Chemnitz in unterschiedlicher Weise, jedoch konstant, die Umsetzung der Handlungsstrategie mitgetragen und -gestaltet haben. Das empfinden viele Engagierte als Bereicherung und wünschen sich, dass dies erhalten bleibt.

Wie in der Zielstellung für die Zukunft deutlich wird, wünschen sich viele mehr Maßnahmen zur Prävention von Radikalisierung, Gewalt, Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Sehr viel Wert wird darauf gelegt, die entstandenen Netzwerke zu erhalten und auf weitere Engagierte zu erweitern. Diese Wünsche wurden in die Handlungsstrategie und in die Ziele übernommen.

3. Problembeschreibung als Grundlage für die Fortschreibung der Kommunalen Handlungsstrategie

3.1 Politisch motivierte Kriminalität

Als politisch motivierte Straftaten werden aus der Sicht des Staatsschutzes Straftaten bezeichnet, die aus einer politischen Motivation heraus begangen werden. Sie werden als Politisch motivierte Kriminalität (PMK) erfasst. Zitat Bundesministerium des Innern, Bau und Heimat, Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2017, Bundesweite Fallzahlen:

„Ausgehend von den Motiven zur Tatbegehung und den Tatumständen werden politisch motivierte Taten entsprechenden Themenfeldern und Unterthemen zugeordnet sowie die erkennbaren ideologischen Hintergründe und Ursachen der Tatbegehung in einem staatsschutzrelevanten Phänomenbereich abgebildet.“

Darunter fallen u. a. Straftaten, die den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, gegen eine Person wegen ihrer politischen Einstellung Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status richten (sog. Hasskriminalität).

Es ist Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen über Bestrebungen, die die freiheitlich demokratische Grundordnung gefährden, zu sammeln und auszuwerten. Nachfolgend werden die wichtigsten Erkenntnisse für die Stadt Chemnitz zusammengefasst.

3.1.1 Landesamt für Verfassungsschutz

Auszug aus dem Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz von 2017, Stand vom 6. April 2018:

Rechtsextremistische Straftaten im Freistaat Sachsen und der Stadt Chemnitz

Zitat: „In der Stadt Chemnitz waren der rechtsextremistischen Szene im Berichtsjahr zwischen 150 und 200 Personen zuzurechnen. Im Vergleich zum Vorjahr ging das rechtsextremistische Personenpotenzial somit zurück und lag im sachsenweiten Vergleich im mittleren Bereich.“

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			darunter Gewalttaten		
	2015	2016	2017	2015	2016	2017
Freistaat Sachsen	2.234	2.380	1.959	201	145	95
Chemnitz (Stadt)	144	242	160	8	15	6

Rechtsextremistische Bestrebungen in Auswertung der Vorgänge August 2018 Information des Landesamtes für Verfassungsschutz vom 2018

Zitat: „09.01.2019 - PRO CHEMNITZ ist eine extremistische Bestrebung“

„Seit Ende 2018 ist die „Bürgerbewegung“ PRO CHEMNITZ ein Beobachtungsobjekt des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV). Es liegen bei PRO CHEMNITZ tatsächliche Anhaltspunkte für ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen vor, die wesentliche Schutzgüter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekämpfen. Hierzu zählen insbesondere die Garantie der Menschenwürde, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, der Gleichheitsgrundsatz, die Gewaltenteilung und das Gewaltmonopol des Staates als unabdingbare Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Menschen.“

Angehörige von PRO CHEMNITZ haben seit dem Tötungsdelikt in Chemnitz Ende August erkennbar rechtsextremistische Inhalte verbreitet. Hierbei rechtfertigten sie rechtsextremistische Propaganda- und Gewaltdelikte und versuchen seitdem, diese als legitim darzustellen. Die Hauptprotagonisten von PRO CHEMNITZ sind selbst tief in der rechtsextremistischen Szene verwurzelt und teilweise dort schon langjährig aktiv. Sie unterstützten dort unter anderem langjährige Holocaustleugner. Außerdem beteiligten sie sich an der Organisation einer der bundesweit bedeutsamsten rechtsextremistischen Kampfsportveranstaltungen im Jahre 2018.

Deutlich wird die Absicht der Verantwortlichen von PRO CHEMNITZ, unter dem Deckmantel der Kritik an der Asylpolitik, rechtsextremistisches Gedankengut in weite Teile der Gesellschaft zu tragen.“

Auszug aus dem Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz von 2017, Stand vom 6. April 2018.

Linksextremistische Straftaten 2015 bis 2017

Zitat: „Die Region Westsachsen umfasst die Stadt Chemnitz, den Vogtlandkreis, den Landkreis Zwickau sowie den Erzgebirgskreis. In der Region existierten im Berichtsjahr im Vergleich zu Leipzig und Dresden lediglich kleine, weitgehend unstrukturierte autonome

Szenen mit wenigen Personen, die sich nach wie vor in den Städten Chemnitz und Plauen konzentrierten. Dabei agierten Autonome jeweils ohne eigene lokale Gruppenbezeichnung.“

Straftaten, Aufteilung nach Regionen

	linksextremistische Straftaten			darunter Gewalttaten		
	2015	2016	2017	2015	2016	2017
Freistaat Sachsen	977	578	592	283	102	101
Leipzig (Stadt)	439	207	213	180	57	56
Dresden (Stadt)	168	90	119	69	18	28
Region Westsachsen						
Chemnitz (Stadt)	45	42	27	10	5	4
Vogtlandkreis	15	35	6	3	8	0
Landkreis Zwickau	2	13	33	0	1	1
Erzgebirgskreis	17	28	24	3	1	2

Islamismus

Laut Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2017 gibt es kein islamistisches oder salafistisches Gefahrenpotential in Chemnitz.

3.1.2 Situationsanalyse in Auswertung des Austauschs mit der Zivilgesellschaft

Grundlagen für die Situationsanalyse sind:

- Auswertung der in den Anträgen zum LAP dargestellten Problemlagen
- Situationsanalysen im Rahmen des Fachaustauschs der AG Rechtsextremismus, Vernetzungstreffen „Chemnitz für Menschlichkeit“, Sitzungen des Begleitausschusses, Lagebild und Bedarfsanalyse Fachnetzwerk „Gewalt- und Radikalisierungsprävention“, Auswertung der Sicherheitskonferenzen KPR, Runder Tisch für Demokratie

Problemlage NSU in Chemnitz:

Die Terrorzelle "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe hat sich bundesweit für zehn Morde und zahlreiche Banküberfälle zu verantworten. Das Terrortrio des NSU war im Januar 1998 von Jena nach Chemnitz gekommen, um sich der Festnahme durch die Polizei zu entziehen. In einer von Beate Zschäpe gemieteten Garage fand die Polizei halbfertige Bomben, die schon damals auf die Gefährlichkeit des Trios hinwiesen. Mit Hilfe eines von Rechtsextremisten betriebenen Netzwerks konnten sie in Chemnitz untertauchen. Ab Dezember 1998 begannen Mundlos und Böhnhardt in Chemnitz Raubüberfälle auszuführen. Meist führten sie die Überfälle in unmittelbarer Nähe ihrer jeweiligen Wohnorte aus. Ihre Opfer waren Kassiererinnen und Kassierer, Bankangestellte und Bürgerinnen und Bürger. Ab Mitte des Jahres 2000 zog das Trio nach Zwickau um. Das ruhige Verhalten täuschte darüber hinweg, dass es sich um eine terroristische Gruppierung handelte. Sie planteten und führten Morde an neun Kleinunternehmern mit Migrationshintergrund und einer Polizistin aus. Die Aufarbeitung der Vorgänge rund um den NSU ist noch nicht abgeschlossen.

Dass in Chemnitz ein rechtsextremistisches Terrorteam untertauchen konnte, zeigt, dass es die entsprechende Unterstützung von Personen aus dem rechtsextremistischen Milieu hatte. Diese Tatsache verdeutlicht, dass es in Chemnitz eine seit Jahren stabile rechte Szene gab und gibt. Aus dieser Szene speisen sich immer neue Gruppierungen. Das rechtsextremistische Gedankengut wird weiterhin verbreitet und erhält durch aktuelle Fluchtbewegungen nach Deutschland neue Nahrung.

These zur Problemlage:

Der NSU hatte ein Unterstützungssystem in Chemnitz. Das dahinterliegende nationalsozialistische Gedankengut und die menschenverachtenden Einstellungen wirken bis heute nach und werden weiterhin verbreitet.

Problemlage Verbreitung menschenverachtender Einstellungen:

In der Stadt Chemnitz sind Initiativen aktiv daran beteiligt, die öffentliche Meinung zu gesellschaftlichen Problemlagen durch die Verbreitung menschenverachtender Einstellungen versuchen zu beeinflussen. Sie äußern sich demokratie-, menschen-, und rechtsstaatsfeindlich. Aktiv sind Gruppierungen, die dem rechten und rechtspopulistischem Spektrum sowie gewaltbereiten autonomen Nationalisten zuzurechnen sind.

Beispiel Nationale Sozialisten Chemnitz:

Das im April 2014 erlassene Verbot der rechten Gruppierung „Nationale Sozialisten Chemnitz“ ist ein weiterer Beleg dafür, dass es verfestigte rechte Strukturen in Chemnitz gibt. Mehrere Jahre wurden im Rahmen dieser Gruppierung unter verschiedenen Namen im Stadtgebiet rechte Aktionen organisiert. So fanden unter der Bezeichnung „IG Stadtgeschichte“ geschichtsrevisionistische Demonstrationen anlässlich der Bombardierung von Chemnitz jährlich zum 5. März statt. Das Mobilisierungspotential lag im 3-stelligen Bereich. Es wurde durch soziale Netzwerke deutlich, dass die Verflechtungen mit Musik- und Modelabels und der Chemnitzer Fußballszene strategisch vorangetrieben wurden, um neue Anhänger zu gewinnen. Dass das NPD-Schulungszentrum dabei eine zentrale Rolle spielte, zeigte sich auch bei der Hausdurchsuchung im Zuge des Verbotsverfahrens der NSC. Durch das Verbot der Chemnitzer Nationalen Sozialisten ist eine öffentliche Plattform der rechten Szene massiv in ihrer Entfaltung gestört worden. Einige Mitglieder sind jedoch bis heute aktiv und organisieren weiterhin Veranstaltungen. Darunter fallen z. B. sogenannte Zeitzeugenvorträge, bei denen ehemalige Angehörige der Deutschen Wehrmacht oder Holocaustleugner auftreten. Unterstützt werden Sie dabei von Rechtspopulisten aus Chemnitz.

Beispiel Autonome Nationalisten:

Autonome Nationalisten adaptieren linke Codes und szenetypische Verhaltensweisen. Sie arbeiten eventorientiert und propagieren neue Erscheinungsformen. Rechte Ideologie wird mit hipem Lifestyle (Nipster) verbunden. Traditionelles rechtsradikales Gedankengut erfährt eine Wiedergeburt und wird damit für junge Menschen attraktiv als Lifestyle vermittelt. Ziel ist es, den deutschen Neonazismus bei Zielgruppen gesellschaftsfähig zu machen. In Chemnitz war mit diesem Kontext eine Gruppe Autonome Nationalisten im Stadtteil Sonnenberg aktiv. Ein sogenannter „NAZIKIEZ“ sollte geschaffen werden. Die Gruppe ist gewaltbereit und kooperierte in einem selbsternannten Rechten Plenum. Mitglieder waren neben Aktiven aus Chemnitz auch Autonome Nationalisten aus Dortmund und Hannover. Die Gruppierung richtete ihre Aktivitäten gegen eine weltoffene, demokratie- und menschenrechtsorientierte Gesellschaft. Sie agierte verfassungsfeindlich. Vorzugsweise die Bereiche Sonnenberg, Gablenz sowie das Gebiet rund um die August-Bebel-Straße wurden und werden mit „Platzhaltern Nazi-Kiez“ zu NS-Zonen erklärt.

Die Kampagnen Autonome Nationalisten in Chemnitz wurden durch Selbstinszenierungen in den sozialen Netzwerken begleitet. Inhalte waren die Verbreitung völkischen, neonationalsozialistischen und geschichtsrevisionistischen Gedankenguts.

Beispiel Die Partei Der III. Weg:

Zitat Flyer "Runder Tisch für Demokratie " Mai 2018:

„Die Partei ‚Der III. Weg‘ ist eine neonazistische Kleinstpartei und wurde 2013 gegründet. Sie verschafft Teilen der organisierten und gewaltbereiten Neonazi-Szene das Parteienprivileg. Eine Partei ist leicht zu gründen, aber schwer zu verbieten und schafft Vorteile bei der Organisation von Demonstrationen, Kundgebungen und Konzerten. Zwar ist ‚Der III. Weg‘ eine offizielle Partei, aber seine Ziele und Organisation sind klar demokratie- und menschenfeindlich. Andere Parteien versuchen, offen für neue Mitglieder zu sein. Der III. Weg‘ hingegen ist eine Kaderorganisation, in die nur langjährige ‚altgediente‘ Neonazis aufgenommen werden. So besetzen zum Beispiel führende Personen aus der 2014 verbotenen bayrischen Kameradschaft ‚Freies Netz Süd‘ mittlerweile wichtige Posten in der Partei.

In Programm und Auftreten bedient sich die Partei offen nationalsozialistischer Ziele und Methoden wie:

- Nichtanerkennung der aktuellen Grenzen Deutschlands, sondern Forderung der Grenzen von 1939
- Forderung einer völkischen Sozial-, Kultur-, Gesundheits- und Familienpolitik sowie Freiheitsrechte ausschließlich für Deutsche
- Schaffung eines „deutschen Sozialismus“ – eine bloße Umgehung des Wortes Nationalsozialismus
- Fackelmärsche und uniformes Auftreten

In Sachsen konnte sich die Partei in Plauen etablieren und dehnt ihre Aktivitäten gezielt auf weitere Regionen aus. In Plauen eröffnete ‚Der III. Weg‘ 2017 sein erstes Büro, veranstaltet regelmäßig Kundgebungen und gibt sich als Kümmerer - für weiße Deutsche. Seit Winter 2017 tourt, ‚Der III. Weg‘ mit der sogenannten ‚Deutschen Winterhilfe‘ durch Sachsen – unter anderem auch durch Chemnitz. Das Vorbild ist das Winterhilfswerk der NS-Wohlfahrt, die dem Propagandaministerium unterstand. Die Partei nutzt gezielt NS-Symbolik und -Strategien, um Feindbilder zu schaffen, Menschen auszuschließen, zu bedrohen und langsam rassistisch aufgeladene Versorgungsstrukturen aufzubauen. Es handelt sich um Militante Neonazis im „Parteikleid“.

Beispiel Zeitzeugenvorträge, Holocaustleugnung:

In Chemnitz, Mittelsachsen sowie im Erzgebirge finden seit längerem Veranstaltungen wie „Zeitzeugenvorträge“ oder die sogenannte „Soldatenweihnachtsfeier“ statt. Zu derartigen z. B. als Buchlesung getarnten Veranstaltungen erscheinen immer wieder Holocaustleugnerinnen und Holocaustleugner, z. B. die mehrfach verurteilte Ursula Haverbeck. Gemeinsames Interesse ist die Installation eines Heldenmythos und damit die Leugnung der Schuld von Deutschen am Untergang der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Diese Veranstaltungen dienen in nicht unerheblichen Maße der Einnahmebeschaffung für ähnlich gesinnte Bewegungen. Unter dem Radar der Öffentlichkeit wird mit erschreckend großer Resonanz an einer Vernetzung rechtsextremer, völkischer Bewegungen gearbeitet. Zu den Organisatoren gehören auch Personen aus dem Umfeld Chemnitzer rechtspopulistischer Bewegungen.

Thesen zur Problemlage:

In Chemnitz gibt es seit Jahren eine stabile rechte und radikale Szene. Aus dieser Szene speisen sich immer neue Gruppierungen. Rechtsextremistisches Gedankengut ist verbreitet und erhält durch den aktuellen rassistischen Diskurs zu Fluchtbewegungen nach Deutschland neue Nahrung. Die Gruppierungen radikalieren sich und treten militant auf. Die Gruppierungen sind in den sozialen Medien aktiv. Geschichtsreversionismus und die Leugnung des Holocaust werden verstärkt propagiert

Problemlage Asylkritische Bewegungen in Chemnitz:

In Chemnitz sind die Teilnehmerzahlen an asylkritischen Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen schwankend. Die Bewegungen stellen ein Sammelbecken von Bürgerinnen und Bürgern dar, die ihre Interessen durch die etablierten Parteien nicht vertreten sehen. Dazu kommen Menschen, die sich demokratie-, menschen-, und rechtsstaatsfeindlich äußern.

Asylkritische Bewegungen werden außerdem auch in Chemnitz für die Verbreitung von rechtspopulistischem, rechtsextremistischem, identitärem, und völkisch-nationalistischem Gedankengut genutzt. Dies wurde besonders deutlich an der Auswahl von Rednerinnen und Rednern zu Kundgebungen. Vorurteile wurden gestärkt und Bürgerinnen und Bürger für fremdenfeindliche Statements instrumentalisiert. Demokratiefeindliche und geschichtsrevisionistische Äußerungen waren auch in Einwohnerversammlungen häufig zu hören. In der Einwohnerversammlung vom 01.02.2016 wurden beispielsweise folgende Forderungen geäußert: „Wir sind das Volk – treten sie zurück! und zur Oberbürgermeisterin gewandt: „Sie begehen Rechtsbruch – schließen Sie die Stadt“. Weiteres Zitat: „Wir wollen an die Zeit von 1848 erinnern!“ Eine kritische Auseinandersetzung sowie sachliche Debatten zum Thema Asyl waren im öffentlichen Rahmen kaum mehr möglich, da versucht wurde, Veranstaltungen mitunter als Plattform für fremdenfeindliche, menschenverachtende Hetze zu benutzen.

These zur Problemlage:

In Chemnitz gibt es Initiativen, die Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte, Abwertung von Obdachlosen und Menschen mit Behinderung, Homophobie, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Abwertung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, Abwertung von Sinti und Roma sowie Hasskriminalität fördern.

Problemlage Vernetzung asylkritischer, rechtspopulistischer und nationalsozialistischer Bewegungen

In der Nähe des Areals des Chemnitzer Stadtfestes im August 2018 wurde ein junger Mann durch Messerstiche tödlich und zwei weitere schwer verletzt. Als Täter wurden junge geflüchtete Männer identifiziert. In diesem Zusammenhang kam es zu spontanen Kundgebungen. Menschen, die trauerten und Menschen, die diese Gewalttat für eigene politische Interessen nutzen wollten, marschierten gemeinsam. Ihren Höhepunkt fanden die Kundgebungen in einem gemeinsamen Demonstrationzug von asylkritischen, rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Bewegungen. Die Kundgebungen und Demonstrationen wurden vorrangig durch die Bürgerbewegung „Pro Chemnitz“ organisiert. Im Zusammenhang mit Protesten gegen die Asylpolitik des Landes fühlten sich Menschen legitimiert, Gewalttaten ausüben, sich offen rassistisch zu äußern und Bürgerstreifen zu organisieren.

Von rassistischer und Hassgewalt betroffen, waren Menschen mit Migrationshintergrund, Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten, Polizistinnen und Polizisten, Pressevertreterinnen und Pressevertreter sowie unbeteiligte Passantinnen und Passanten. In der Folge der Protestbewegung wurden Anschläge auf Restaurants verübt, deren Besitzer einen Migrationshintergrund haben sowie auf ein jüdisches Restaurant. Gegen die Bürgerstreife, die sich Revolution Chemnitz nennt, wird ermittelt. Zahlreiche Ermittlungsverfahren laufen u. a. wegen zeigen des Hitlergrußes, Gewalttaten und Volksverhetzung. Bei Kundgebungen und Demonstrationen wird sich nicht von Gewalt distanziert, sondern dazu aufgerufen, sich zu verteidigen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass sich ein Teil der Protestbewegung weiter radikalisiert, rechtsextremes und rassistisches Gedankengut verbreitet.

Thesen zur Problemlage:

Asylkritische, rechtspopulistische und nationalsozialistische Bewegungen sind miteinander vernetzt. Damit verfestigt sich bei einzelnen Mitgliedern asylkritischer und rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien völkisches und neonationalsozialistisches Gedankengut. Auf diesem Weg gelangen menschenverachtende Haltungen in die Mitte der Gesellschaft. Die Eskalationsspirale bewegt sich in die extremistische Richtung. Gewalt wird als legales Mittel zur Durchsetzung der rechtsextremen Weltanschauung angesehen. Damit wird ein Radikalisierungsprozess in Gang gesetzt.

Problemlage Gewalt und Radikalisierung:

Zusammenfassung der Ergebnisse der Tagung zur Gründung eines Fachnetzwerkes „Gewalt- und Radikalisierungsprävention“:

Es wurde darauf hingewiesen, dass Perspektivlosigkeit für junge Menschen zu Gewalt und Kriminalität führen kann. Angesprochen wurde auch, dass Gewalt gegenüber Mitarbeitenden der Verwaltung von einigen Bürgerinnen und Bürgern als „normal“ betrachtet wird. Als Defizit wurde gesehen, dass eine weltoffene Gesellschaft deklamiert aber nicht gelebt wird.

Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Fachkräfte sowie Akteurinnen und Akteure beklagen, dass sie durch Politik und Verwaltung zu wenig Unterstützung erfahren. Fehlende stabile Strukturen und Personalressourcen verhindern eine gelingende soziale Teilhabe benachteiligter Kinder- und Jugendlicher. Sie stellen fest, dass Alltagsrassismus/ Alltagsaggressivität in der Gesellschaft vorhanden ist. Die benötigte Zivilcourage jedoch fehlt und braucht Ermutigung.

Als Ursache für die Radikalisierung von Jugendlichen werden auch persönliche Erfahrungen der Gefährdeten genannt. Dazu gehören:

- Radikalisierung erfolgt, weil Kinder und Jugendliche sozial ausgegrenzt werden
- Radikalisierung beginnt zu Hause, in der Schule, in der Gruppe
- die Rolle der Medien und von Musik dabei ist noch nicht ausreichend erforscht
- persönliche Probleme führen zu Gewalt z. B. auch unter Drogeneinfluss
- Betroffen sind alle möglichen Personengruppen
- Teilweise religiös/weltanschaulich motiviert
- häusliche Gewalt in der Familie als Risikofaktor durch Gewaltakzeptanz
- fehlender Respekt gegenüber "Anderen"
- intolerante Familien sowie autoritäre Haltungen und Umgangsformen
- Erfahrungen oder Befürchtungen von Ungerechtigkeit, Benachteiligung und mangelnder Solidarität
- Familien, die nicht in der Lage sind, ein resilienzförderndes Umfeld zu schaffen
- Suche nach Einfluss/Geborgenheit/Orientierung

Thesen zur Problemlage:

Gewalt tritt überall auf, in allen Bevölkerungsschichten und sozialen Räumen. Gewalt wird medial überproportional dargestellt (Einzelfall als Regelfall). Gewalt wird durch eine Verrohung d. Sprache gefördert. Zustimmende Haltungen zu Diskriminierung fördern Gewalt im Alltag. Es gibt für Engagierte ein Spannungsfeld zwischen Engagement und Angst in den Fokus von Gewalt zu geraten (Flüchtlingshelfer und betreuendes Personal) Das trifft auch für Engagierte im Themenfeld LSBTI zu. Täglicher Umgang mit schwieriger Klientel birgt die Gefahr einer Abstumpfung. Es fehlt eine positive Erfahrungskultur. Hilfs- und Informationsangebote sind für Betreuende und Klientel zu wenig vorhanden.*

Problemlage Rechtspopulismus und Auswertung Sachsenmonitor:

Zu diesem Themenkomplex liegt eine Analyse der TU Chemnitz zu rechtspopulistischen Einstellungen in Chemnitz und Sachsen vor. Diese wurde von Dr. Susanne Rippl, Institut für Soziologie, Technische Universität Chemnitz erstellt. Die Auswertung ist in die These zur Problemlage eingeflossen.

Für die Auswertung des Sachsenmonitors 2018 wurde der Ergebnisbericht der Landesregierung herangezogen. Die Auswertung wurde durch dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH erstellt und ist als Download verfügbar

<https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2018-5616.html>

Thesen zur Problemlage:

Es gibt in Chemnitz Bevölkerungsschichten, die empfänglich sind für rechtspopulistische Mobilisierungsstrategien, ohne selbst über ein verfestigtes rechtsextrêmes Weltbild zu verfügen. Rechtspopulistische Bewegungen suggerieren, dass durch ein Angebot einfacher Weltbilder (gut/böse; innen/außen; wir/fremd, unten/oben) für Sicherheit, Orientierung und scheinbare Lösungen komplexer Probleme gesorgt werden kann. Der durch die Bevölkerung gewünschte Zusammenhalt der Gesellschaft wird durch rechtspopulistische Bewegungen zerstört. Diese setzen einen Kreislauf von Ausgrenzung, Abwertung und Eskalation in Gang, der Gewalt fördert. Die Nutzung der Medien beschränkt sich darauf, um Empörungswellen in der Bevölkerung zu erzeugen und diese für ideologische Zwecke zu missbrauchen.

3.1.3 Situationsanalyse bezogen auf Jugendliche in der Stadt Chemnitz

Eine 2018 veröffentlichte wissenschaftliche Studie („Identität, Teilhabe und die Anderen“) von Studierenden der TU Chemnitz widmet sich den Wechselwirkungen zwischen raumbezogener Identität, Partizipationsverhalten und Ungleichwertigkeitsvorstellungen Chemnitzer Jugendlicher (nicht-repräsentativ).¹ Dafür wurden 27 qualitative Interviews mit Chemnitzer Schülerinnen und Schülern im Alter von 14 bis 18 Jahre verschiedener Schultypen durchgeführt. Diverse Frage - Items sollten in Erfahrung bringen, ob und wie stark die Jugendlichen eine lokale (Chemnitz), regionale (Sachsen), nationale (Deutschland) oder europäische Identifikation aufweisen. Weiterhin wurde geprüft, wie es um das individuelle Beteiligungsverhalten bestellt ist, ob die Schülerinnen und Schüler über ein normatives Verständnis von Gleichwertigkeit verfügen und welche Akkulturationsform in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund und Nicht-Chemnitzerinnen und Nicht-Chemnitzern befürwortet wird. Im Ergebnis konnten 5 Gruppen ausgemacht werden: die Gruppe der „Individualisten“ (1) zeichnet sich durch einen gewissen Eigensinn aus und empfindet keinerlei oder schwach ausgeprägte territoriale Zugehörigkeit/ Identifikation. Die Gruppe der „proeuropäischen Kosmopoliten“ (2) fühlen sich v.a. Europa verbunden, sehen sich in erster Linie als Mensch (und weniger als territorial zugehörig), vertreten starke Gleichheitsideale und beteiligen sich im hohen Maße am gesellschaftlichen Leben. Die „inkludierenden Nationalbewussten“ (3) empfinden eine hohe Verbundenheit zu Deutschland, ohne aber deswegen Menschen mit Migrationshintergrund auszuschließen oder abzuwerten. Dem gegenüber steht die Gruppe der „exkludierenden Nationalbewussten“ (4), die starke Ungleichwertigkeitsideale, menschenfeindliche Einstellungen und ein hohes Maß an nationaler Identität aufweisen. Die letzte Gruppe der „Ambivalenten“ lassen kein konsistentes Wertefundament erkennen, stehen (räumlicher) Identität eher indifferent gegenüber und gaben Widersprüchlichkeiten an. Eine weitere wichtige Erkenntnis ergibt sich aus einer positiv empfundenen lokalen Identifikation (in diesem Fall mit Chemnitz) im Zusammenhang mit einem erhöhten Maß an Beteiligung und einem starken normativen Gleichwertigkeitsverständnis.

¹ Herzog, Marian/ Kilian, Tina: Identität, Teilhabe und die Anderen. Wechselwirkungen zwischen raumbezogener Identität, Partizipation und (Un-)Gleichwertigkeitsvorstellungen – eine qualitative Befragung Chemnitzer Jugendlicher, Chemnitz 2018.

Thesen zur Problemlage:

Eine positiv empfundene lokale Identität mit Chemnitz trägt dazu bei, dass Personen ein starkes normatives Gleichwertigkeitsempfinden aufweisen und sich auf lokaler Ebene mehr beteiligen. Den „Identitätslosen“ muss eine besondere Aufmerksamkeit zuteilwerden, da diese Gruppe als besonders anfällig für Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber anderen Menschen gilt und nicht so richtig weiß, wie sie sich sowohl gesellschaftlich als auch politisch einbringen kann, gleichwohl der Wunsch danach besteht. Ein positives Bild zu Europa und ein europäisches Zugehörigkeitsempfinden müssen gefördert werden, da diese Identifikation mit einem hohen Maß an Weltoffenheit und Reflexionsvermögen einhergehen. Kindern und Jugendlichen muss vermittelt werden, dass eine positive nationale Zugehörigkeit zu Deutschland legitim ist, jedoch nicht automatisch mit der Abwertung anderer und der Betonung einer autochthonen Gruppe einhergehen darf.

3.1.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Aus der Situationsanalyse und den Problemlagen ergeben sich Bedarfe, die in Handlungsfeldern zusammengefasst wurden (Punkt 4.2). Darauf aufbauend, wurde die bestehende Zielpyramide überarbeitet und geändert (Punkt 5).

Die erfassten Problemlagen sind zum Teil bekannt, aber in dieser Deutlichkeit erst durch die Geschehnisse im August 2018 viel deutlicher hervorgetreten. Neu ist die Dimension, mit der demokratiefeindliche Bewegungen erfolgreich Unterstützung in der Bevölkerung einwerben. Eine neues Ausmaß hat die Anwendung von Gewalt und die Verrohung der Sprache angenommen. Geändert haben sich der Mobilisierungsgrad und die Formate von Veranstaltungen, in denen menschenverachtende und rassistische Einstellungen offen kommuniziert werden. Zunehmend werden Formate wie z. B. Volksliederfeste, Heimatfeste, Sonnenwendfeiern, Konzerte, Gedenkveranstaltungen von Terroropfern sowie Friedensmärsche missbraucht und unterwandert. Zielsetzung ist es, rechtspopulistische und radikale Elemente menschenverachtender Ideologien salonfähig zu machen.

Es fällt vielen Bürgerinnen und Bürgern zunehmend schwerer, diese Strategien zu durchschauen. Umso wichtiger ist es, entsprechende Formate zur Aufklärung und den Hintergründen bereitzustellen.

Neu ist ebenfalls, dass es offensichtlich eine Zustimmung in der Bevölkerung dafür gibt, dass demokratische Werte, die im Grundgesetz verankerten Grundrechte und Menschenrechte, keine Grundlage des Zusammenlebens mehr sein sollen. In den Vordergrund gestellt werden zunehmend hedonistische Werte. Das heißt, Genuss, Abenteuer, Spannung, Spaß und Abwechslung sowie Leistungs- und Konsumorientierung stehen im Vordergrund. Der Wunsch nach einer heilen Welt von gestern, die homogen und problemfrei im Heute existiert, ist weit verbreitet. Herausgestellt wird häufig ein hohes Anspruchsdenken gegenüber dem Staat, welcher an die Stelle eigenverantwortlichen Handelns treten soll. Die gegensätzliche Bewegung leugnet die Existenz der Bundesrepublik und konstruiert ein eigenes Welt- und Staatsbild. Diese Trends werden dadurch verstärkt, dass globale und komplexe Entwicklungen und deren Auswirkungen nicht mit einfachen Erklärungsmustern begreifbar sind. Es sinkt die Bereitschaft, Verantwortung selbst zu übernehmen, für das eigene Handeln einzustehen und emphatisch zu handeln. Ein weiterer Schwerpunkt bleibt auf Grund der Problemlage die Prävention von Gewalt und Radikalisierung.

Die aus den Problemlagen formulierten Thesen sind Grundlage für die Bedarfsermittlung. Die Bedarfe wurden zu Handlungsfeldern zusammengefasst.



Aus den Bedarfen wurden die Zielstellungen ermittelt. Die Ergebnisse sind Bestandteil der Fortschreibung der kommunalen Handlungsstrategie.

4. Fortschreibung der kommunalen Handlungsstrategie

4.1 Handlungsbedarfe in Auswertung der Situations- und Problemanalyse

Die lokale Handlungsstrategie basiert auf den durch die Situationsanalyse erfassten Bedarfen. Grundlage ist, dass die Umsetzung der im Grundgesetz verankerten Grundrechte verwirklicht und Menschenrechte geachtet werden. Das setzt voraus, dass Demokratie als Wertesystem und Grundlage des friedlichen Zusammenlebens respektiert ist.

Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, dass demokratische Werte und Menschenrechte als Schutzgut und als normative Werte anerkannt werden. Das bedeutet, dass Zivilgesellschaft und Verwaltung demokratie- und menschenfeindliche Aktivitäten als solche wahrnehmen und sich mit ihnen auseinandergesetzt wird. Die dafür vorgesehenen Maßnahmen sind daher so auszurichten, dass ein Praxistransfer von Informationen, Kompetenzen und Handlungskonzepten ermöglicht wird. Zentrale Elemente der Handlungsstrategie sind die Förderung von Vernetzung der in der Stadt Engagierten und die Unterstützung lokal agierender Initiativen in den Stadtteilen. Dabei sind Gemeinwesenkoordinatorinnen- und koordinatoren, Stadtteilmanagements und Bürgerinitiativen wichtige Säulen. Näheres dazu wird unter dem Punkt Ressourcen (Punkt 4.2) erläutert. Grundlage ist eine Kultur des wertschätzenden und respektvollen Miteinanders. Dass es dafür in Chemnitz eine gute Ausgangsbasis gibt, zeigt die Auswertung der Evaluierungsbögen. In diesem Bereich wurden durchweg sehr gute Ergebnisse zurückgespiegelt. Des Weiteren kann in Chemnitz auf gelingende Partizipationsangebote gebaut werden. Dazu gehören z. B. Einwohnerversammlungen und Zielbeteiligungswerkstätten.

Normverletzungen, die das Selbstverständnis einer demokratisch agierenden Gesellschaft in Frage stellen, sind für Zivilgesellschaft und Verwaltung auch in Zukunft eine Herausforderung. Es ist deshalb wichtig, Grenzverletzungen konkret zu benennen und sich damit offensiv und mit demokratischer Haltung auseinanderzusetzen. Ein weiterer wichtiger Baustein der Handlungsstrategie ist die Prävention von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Hier kann an bestehende Angebote und eine gute fachliche Vernetzung (Datenbank www.praevention-chemnitz.de) angedockt werden.

4.2 Ressourcen- und Beteiligungsanalyse

Die festgestellten Problemlagen erfordern Ressourcen, um demokratiefeindlichen Erscheinungsformen fachlich gut zu begegnen. Die Stadt Chemnitz verfügt über ein sehr gutes Akteursnetzwerk. Seit in Kraft treten des Lokalen Aktionsplanes sind keine Mittel auf Grund fehlender Akteure und Maßnahmeträger zurückgegeben worden. Die Mittel waren immer überzeichnet, so dass eine Aufstockung über Bundesprogramme sinnvoll und erfolgreich war. Ohne die reflexive und konstruktive Zusammenarbeit mit aktiven Menschen

vor Ort ist keine realistische Auseinandersetzung mit den Problemlagen vor Ort möglich. Der Wissenstransfer der Erkenntnisse von Engagierten und Initiativen in die Verwaltung hat entscheidenden Anteil daran, dass das kommunale Strategiekonzept zur Demokratieförderung weiterentwickelt werden kann.

Chemnitz kann auf sehr gute Strukturen der Jugend- und Schulsozialarbeit zurückgreifen. Viele Fachkräfte aus diesem Bereich engagieren sich für demokratische Bildung und Gewaltprävention. Des Weiteren engagieren sich verschiedene Netzwerke, Initiativen und lokale Bündnisse. Ein Beispiel ist der „Runde Tisch für Demokratie“, welcher durch das Stadtteilmanagement Chemnitz Süd betreut wird. Ein weiteres ist die Plattform „Chemnitz für Menschlichkeit“, welche durch die externe Koordinierungsstelle der Partnerschaft für Demokratie Chemnitz (Trägerschaft Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e.V.) betreut wird.

Das bereits bestehende zivilgesellschaftliche Engagement hat noch Entwicklungspotential. Ebenso die Einbindung weiterer Träger der Wohlfahrt und von Wirtschaftsunternehmen. Diesbezüglich ist eine wertvolle Ressource durch die Initiative „Chemnitz ist weder grau noch braun“ hinzugekommen, die sich auf Grund der Ereignisse im August 2018 gegründet hat.

Die Pflege und Erschließung von Ressourcen setzt eine nachhaltige Betreuungsstruktur voraus. Diese wird in Chemnitz durch eine Koordinierungsstelle LAP (Stadttratsbeschlusses Nr. B- 178/2008 vom 10.09.2008) und die Externe Koordinierungsstelle der Partnerschaft für Demokratie Chemnitz (gefördert über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“) abgesichert.

Die in der Leitlinie des Bundesprogramms definierten Aufgaben der externen Koordinierungs- und Fachstelle sind identisch formuliert. Auf Grund der positiven Entwicklung des LAP und der wachsenden Resonanz aus der Zivilgesellschaft ist die Unterstützung durch eine externe Koordinierungsstelle sinnvoll. Des Weiteren kann der Ansatz der Kooperation von Verwaltung und Zivilgesellschaft besser verwirklicht werden. Der Externen Koordinierungsstelle stehen außerdem im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ mehr Ressourcen für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung.

Ressourcen Begleitausschuss, die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus und die Steuerungsgruppe Prävention im Team (PIT):

Für die fachliche Umsetzung und Qualitätssicherung des kommunalen Strategiekonzeptes arbeiten in einem Begleitausschuss Akteurinnen und Akteure aus Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammen. Das Gremium arbeitet nichtöffentlich und gibt für die Projektförderung ein fachliches Votum ab.

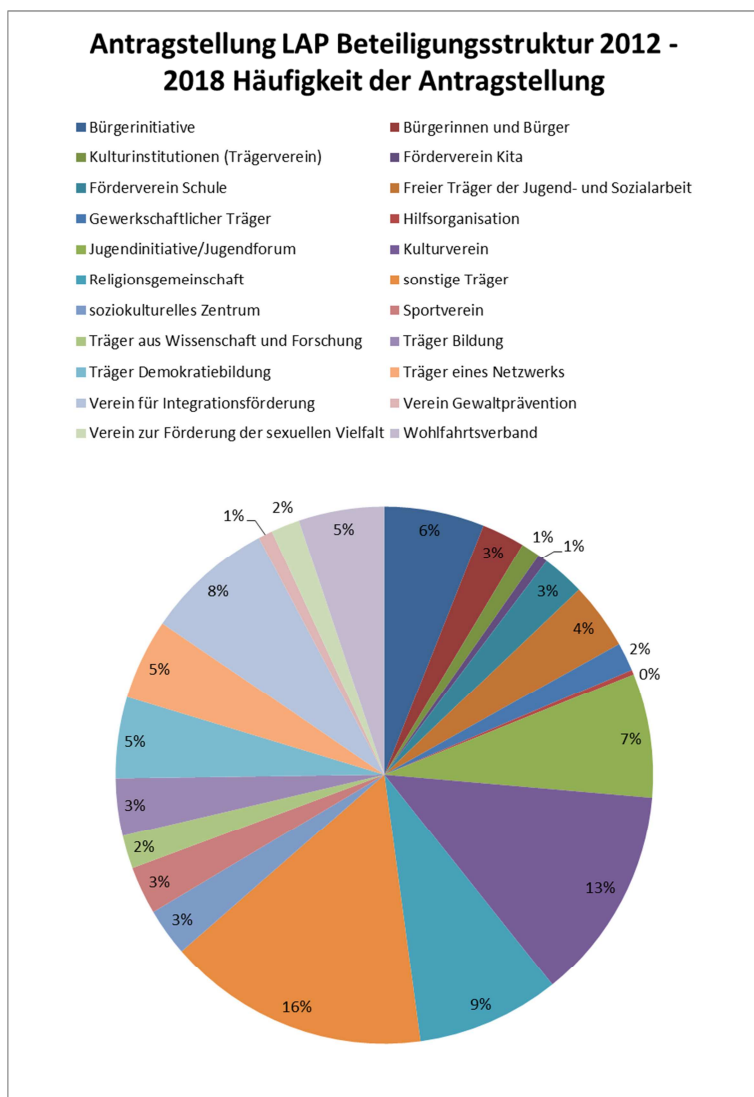
Die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus ist eine aktive Plattform für den Erfahrungsaustausch, Informationen, Bedarfsanalyse, Projektentwicklung, Vernetzung und Entwicklung fachlicher Grundlagen. Themenbereiche sind Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, menschenverachtende Einstellungen, rechte Gewalt und Radikalisierung. In ihr sind Verwaltung und Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft vernetzt. Die AG arbeitet nicht öffentlich, führt Informationen zum Lagebild zusammen und berät über strategische Maßnahmen.

Die Steuerungsgruppe Prävention im Team (PIT) verbindet Verwaltung, Bildung, Polizei und Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft miteinander, um nachhaltige Präventionsarbeit unter anderem für Demokratie zu sichern. Grundlage ist eine Kooperationsvereinbarung. Die Steuerungsgruppe prüft Bedarfe, bündelt Angebote der Prävention und setzt ein aktives Qualitätsmanagement um.

Ressource Beteiligung

Als wertvoller Ressourcenpool hat sich die im LAP etablierte Beteiligungskultur erwiesen. Diese soll deshalb beibehalten und nachhaltig fortgesetzt werden. Dazu gehören die Fortsetzung beteiligungsorientierter Veranstaltungen und Workshops, die Beratung und Ermunterung demokratisch engagierter Menschen und die Unterstützung sozialraumorientierter Initiativen und Bündnisse.

Dass das Engagement im Rahmen des kommunalen Handlungskonzeptes in der Vielfalt der Akteurinnen und Akteure breit aufgestellt ist, belegt die Beteiligungsstruktur der Antragstellenden zur Umsetzung der strategischen Ziele:



Ressource Kinder- und Jugendliche

Ein großer Vorteil des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ist die starke Fokussierung auf Jugendbeteiligung und von Jugendlichen selbst organisierte Maßnahmen. Die Mittel dafür werden durch das Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V. verwaltet. Dieses steuert auch die Durchführung von Vernetzungstreffen des Jugendforums. Die Treffen werden durch jugendliche Coachs selbst organisiert (Peer to Peer Ansatz). Positiv ist, dass durch den Stadtrat der Stadt Chemnitz beschlossen wurde, die Jugendbeteiligung zu forcieren. Dafür wurde seitens der Verwaltung eine Arbeitsgruppe eingerichtet.

Ressource Beratungsnetzwerke und Opferberatung

Durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Förderprogramm „Weltoffenes Sachsen“ werden Beratungsträger und die Opferberatung für Opfer rechter Gewalt gefördert. Die Beratungsträger stellen für die Stadt Chemnitz eine wertvolle Ressource dar, da Beratungsangebote kostenfrei abgerufen werden können. Das Kulturbüro Sachsen unterstützt z. B. Stadtteilinitiativen und die externe Koordinierungsstelle bei der Moderation oder der Erstellung von fachlichen Expertisen. Das Institut B3 unterstützt den Kriminalpräventiven Rat/LAP bei der Durchführung der Sicherheitskonferenzen und das Fachnetzwerk „Gewalt- und Radikalisierungsprävention“. Durch das Netzwerk für Courage e. V. werden Schulen beraten und Angebote zur Demokratieförderung unterbreitet. Ebenfalls über beide Förderprogramme werden das Aussteigerprogramm „Raus in die Zukunft“ für Mitglieder der rechten Szene und die Beratungsstelle „KORA“ für den Bereich islamischer Extremismus gefördert. Durch die Koordinierungsstelle LAP wird auf alle Angebote zugegriffen.

Ressource Schule und Schulsozialarbeit, Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Artikel 101 der Sächsischen Verfassung enthält Grundsätze der Erziehung und Bildung. Er sagt aus, dass die Jugend zur Ehrfurcht vor allem Lebendigen, zur Nächstenliebe, zum Frieden und zur Erhaltung der Umwelt, zur Heimatliebe, zu sittlichem und politischem Verantwortungsbewusstsein, zu Gerechtigkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zu beruflichem Können, zu sozialem Handeln und zu freiheitlicher demokratischer Haltung zu erziehen ist.

Schule ist der Ort, an dem Wissen, soziale Kompetenzen und demokratische Werte vermittelt werden sollen. Durch den Freistaat Sachsen wurde auf die im Sachsenmonitor festgestellten Defizite der demokratischen Jugendbildung mit dem Handlungskonzept „W wie Werte“ reagiert. Einige Chemnitzer Schulen führen Aktionstage und –wochen zur Demokratieförderung durch. Präventionsangebote zum Thema Gewalt sind permanent ausgebucht. Pädagogische und sozialpädagogische Fachkräfte berichten in den Fachnetzwerken sehr oft von den Herausforderungen, die z. B. Integration und kulturelle Vielfalt mit sich bringen. Hier wünschen sich viele mehr Unterstützungssysteme z. B. durch pädagogische Hilfskräfte und Fortbildungsangebote. Zentraler Schlüsselakteur bei der Initiierung und Organisation präventiver und demokratiefördernder Maßnahmen oder Programmen ist die Schulsozialarbeit. Auch hier verfügen die Stadt Chemnitz bzw. die jeweiligen Träger über sehr engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das bundesweite Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoRSmC) ist ein Projekt von und für Schülerinnen und Schüler, die gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv vorgehen und einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten wollen.

Voraussetzung für den Titelerwerb ist eine Unterschriftensammlung, in der sich mindestens 70 % der Schülerinnen und Schüler und des Kollegiums einer Schule zu den Grundsätzen des Projektes bekennen. 15 Schulen aus Chemnitz haben bislang den Titel „Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage“ (SOR – Schulen) erhalten. An vielen SOR-Schulen organisieren Schülerinnen und Schüler selbst Aktionstage- und wochen zu Toleranz, Demokratie, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewaltprävention.

Ressource Beauftragte der Verwaltung

Migrationsbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte, Kinderbeauftragte und Behindertenbeauftragte sind engagierte Kooperationspartnerinnen, die sich selbst mit viel Engagement gegen Vorurteile, Diskriminierung und Benachteiligung von Menschen engagieren. Sie bleiben wichtige Ressource für ein Leben in einer Stadt der Vielfalt von Kultur und Lebensweisen.

Ressource Verwaltung

Die Stadt Chemnitz unterstützt seit 2008 Engagierte und Initiativen, die sich für Demokratie engagieren. Sie zeigt dadurch Haltung und positioniert sich dazu, dass demokratische Werte ein Schutzgut sind. Der Stadtverwaltung Chemnitz kommt innerhalb der Handlungsstrategie eine bedeutende Rolle zu.

Verwaltung ist als Bestandteil der demokratischen Gesellschaft an das Grundgesetz gebunden. Grundlage des Verwaltungshandelns sind deshalb die im Grundgesetz verankerten Grundrechte. Dabei sollte die Orientierung an den in der UN Menschenrechtscharta verankerten Menschenrechten zum Selbstverständnis gehören. Die Verwaltungsbindung an das Grundgesetz ist zugleich Auftrag, diese Rechte zu schützen und allen zugänglich zu machen.

Im Rahmen eines Workshops haben sich Vertreterinnen und Vertreter aus Zivilgesellschaft und Verwaltung deshalb zu diesem Thema verständigt und Zielstellungen verfasst. Diese unterstützen grundrechtenorientiertes Verwaltungshandeln und definieren die Rolle der Verwaltung als Ressource für eine demokratisch handelnde Gesellschaft. Verwaltung ist an das Neutralitätsgebot gebunden und positioniert sich nicht parteipolitisch. Sie kann sich jedoch mit Grundrechtsverletzungen fachlich auseinandersetzen und Initiativen unterstützen, die sich für Demokratie engagieren.

Finanzielle Ressourcen

Die Stadt Chemnitz bekennt sich durch die Bereitstellung von Fördermitteln (jährlich 80.000,00 € kommunale Haushaltsmittel) und die Bereitstellung einer internen Koordinierungsstelle weiterhin zur präventiven Demokratiearbeit. Strategischer Ansatz ist hier die Präventionsarbeit und die Unterstützung von Akteurinnen und Akteuren, die sich für Demokratie und einen wertschätzenden Umgang mit Asylsuchenden einsetzen. Ergänzend zur kommunalen Förderung werden weitere Fördermittel z. B. des Bundes eingeworben, wenn dies mit den vorhandenen Personalressourcen vereinbar ist.

Zusammenfassung

In Chemnitz sind gute Ressourcen für die Umsetzung der kommunalen Handlungsstrategie zur Demokratieförderung vorhanden. Ausbaufähig sind das Engagement von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wohlfahrtsunternehmen.

Erhaltenswert sind die entstandenen Netzwerke und die zweigleisige Betreuungsstruktur. Die Chancen für eine Verstärkung von Kooperationen von Zivilgesellschaft und Verwaltung durch weitere Förderung über Bundesmittel sollten genutzt werden. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wurde entfristet. Es ist deshalb davon auszugehen, dass engagierte Kommunen und Gebietskörperschaften weiterhin finanziell unterstützt werden.

4.3 Handlungsfelder und Maßnahmen

Ausgehend von der Situationsanalyse und den ermittelten Bedarfen wurden Handlungsfelder ermittelt und Vorschläge für geeignete Maßnahmen erarbeitet.

Den Handlungsfeldern liegen Bedarfe zu Grunde, die auf der Grundlage der Thesen in der Problemanalyse ermittelt wurden:

Bedarfe in den Handlungsfeldern auf Grund der Problemanalyse:

Bedarfe im Handlungsfeld 1.1 Stärkung der Zivilgesellschaft

- Unterstützung und Anerkennung demokratischen Engagements ist nicht als wertvolle Ressource in der Gesellschaft verankert
- Positive Engagementenerfahrungen werden zu wenig in die Öffentlichkeit kommuniziert und als Chance für ein gelingendes Miteinander gesehen
- Bildungs- und Fördermaßnahmen für Menschen, die sich für Demokratie engagieren, werden zu wenig angeboten, es fehlt an Kompetenzen für einen reflektierten Umgang mit sozialen Medien
- Es gibt zu wenig Angebote, die sich mit der Rolle der Medien und von Politik in der demokratischen Gesellschaft auseinandersetzen

Bedarfe im Handlungsfeld 1.2 Beteiligung

- Zugänge zu öffentlichen und kulturellen Beteiligungsformen werden bedarfsgerecht und barrierefrei benötigt
- Angebote für die gleichberechtigte Teilhabe in Politik und Verwaltung sind für alle Menschen erforderlich, vorhandene Angebote sind zu wenig transparent
- Gruppen und Individuen, die diskriminiert werden, benötigen mehr Chancen auf Beteiligung
- Politische Entscheidungen und ihr Zustandekommen sind trotz verschiedener Informationsangebote nicht bekannt, genauso wie Möglichkeiten zur Information, Mitbestimmung und Mitwirkung

Bedarfe im Handlungsfeld 1.3 Diversity

- Mehr selbstverständliche und wertschätzende, interkultureller Begegnungserfahrungen sind erforderlich, bzw. bestehende Ressourcen sollten bekannter sein
- Mehr Maßnahmen für Akzeptanz und Anerkennung unterschiedlicher und vielfältiger Lebensweisen in der Bevölkerung sind erforderlich
- Kompetenzen hinsichtlich Interkulturalität und dem Umgang mit Vielfalt schaffen in Verwaltung und bei der Bevölkerung, ein aktives Handeln gegen Diskriminierungen unterstützen, diesbezügliche Angebote sind zu wenig bekannt
- Mehr Politische Bildung, Kompetenzschulungen der Bevölkerung, um die Fähigkeit zu stärken, mit Ungleichwertigkeiten, Gender-sensiblen Arbeitsweisen und Diversity-Management umzugehen

Bedarfe im Handlungsfeld 1.4 Vernetzung

- Bessere Vernetzung von Aktivitäten und Initiativen für einen notwendigen Erfahrungsaustausch und den Abbau von Vorurteilen fehlt
- Vernetzungs- sowie Beratungsangebote und Unterstützungsleistungen für von Diskriminierung oder Gewalt betroffene Menschen sind zu wenig bekannt
- Zivilgesellschaft und Verwaltung sensibilisieren, um Kooperationen und Vernetzungsformate zur Förderung demokratischer Werte als Ressource zu schätzen
- Kooperations- und Vernetzungsformate aktiver bewerben

Bedarfe im Handlungsfeld 2.1 Problembewusstsein/Sensibilisierung

- Befähigung der Zivilgesellschaft, sich kritischer an der Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen, antidemokratischen bzw. Gewalt verherrlichenden Einstellungen und Handlungen zu beteiligen
- Angebote zur Thematisierung von Zusammenhängen globaler Entwicklungen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen fehlen. Die Auseinandersetzung mit Ursachen und strukturellen Formen von Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Antisemitismus, Alltags-Rassismus, Sexismus, Gewalt, Radikalisierung wird zu wenig geführt
- Strukturen, Aktivitäten und Codes der rechten Szene sind nicht bekannt, Zivilgesellschaft ist nicht für die inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen Themen sensibilisiert
- Abwertung und Ungleichbehandlung von Menschen als Gefährdungspotential für den Zusammenhalt der Gesellschaft wird zu wenig thematisiert

Bedarfe im Handlungsfeld 2.2 Wissensvermittlung

- Hintergründe und Unterstützungssysteme des sog. Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) sind trotz vieler Angebote zu wenig bekannt, es fehlt an nachhaltiger Aufarbeitung
- Es wird sich zu wenig mit der Instrumentalisierung der Vergangenheit und gesellschaftlicher Debatten durch neonazistische und völkisch-nationalistische Organisationen, dem historischen Nationalsozialismus und der Nutzung von Elementen durch aktuelle politische Bewegungen auseinandergesetzt
- Mit diktatorischen Regierungsformen, insbesondere mit Einschränkungen von Grund- und Menschenrechten z. B. durch rechtspopulistische und rechtsextremistische Bewegungen, wird sich zu wenig auseinandergesetzt
- Verbrechen an der Menschlichkeit, insbesondere während der Zeit des Nationalsozialismus und der Holocaust, werden relativiert und in verachtender Weise geleugnet

Bedarfe im Handlungsfeld 2.3 Handlungskompetenz

- Es fehlt an Fortbildungsangeboten zur Förderung von Zivilcourage und solidarische Aktivitäten im Umgang mit neonazistischen, rassistischen und diskriminierendem Auftreten
- Kindern und Jugendlichen fehlen soziale, emotionale und interkulturelle Kompetenzen, die zu demokratischer Streitkultur, zur gewaltfreien Konfliktlösung, zur Beteiligung sowie einer menschenrechtlichen Orientierung befähigen
- Es fehlt an Akzeptanz, dass die Förderung von Kompetenzen zur Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Werte zum Selbstverständnis in der Chemnitzer Stadtgesellschaft gehört, Zivilgesellschaft verfügt über zu geringe Kompetenzen, um bei Verletzung von Menschenrechten Unterstützungssysteme zu nutzen
- Die Chancen und Vorteile einer friedlichen Europäischen Gemeinschaft, in der unterschiedlichste Menschen und Kulturen gleichberechtigt miteinander leben können, werden zu wenig thematisiert

Untersetzung der Handlungsfelder:

Die Untersetzung der Handlungsfelder mit Maßnahmen erfolgt beteiligungsorientiert. Das heißt, dass durch Zivilgesellschaft, Vereine und Organisationen auf Grund der Problemlagen vor Ort Maßnahmen durchgeführt werden. Dafür können Fördermittel beantragt werden. Beispiele dafür sind: Workshops, Weiterbildungen, Informationsveranstaltungen,

Podiumsdiskussionen, Gedenkstättenfahrten, Kunst- und Kulturaktionen, Ausstellungen, Vernetzungstreffen, Medienaktionen, Fachtage und Fachveranstaltungen, öffentliche Veranstaltungen und Aktionstage

Strategische Schwerpunkte der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz – kommunale Handlungsstrategie zur Demokratieförderung

Strategisch werden die Handlungsfelder durch Ziele untersetzt, die in der folgenden Zielpyramide verankert sind. Für die Umsetzung von Maßnahmen, die auf die Umsetzung der Ziele gerichtet sind, stellt die Stadt Chemnitz Fördermittel bereit. Positiv flankiert wird die Förderung von Landes- und Bundesprogrammen, die den Zusammenhalt, Integration, die Umsetzung demokratischer Werte und die Entwicklung entsprechender Kompetenzen fördern. Die Zivilgesellschaft wird über diese Optionen entsprechend informiert und in die Lage versetzt, diese Ressource zu nutzen. Dafür werden weiterhin entsprechende Beratungsangebote durch die Koordinierungsstelle vorgehalten.

Die kommunale Handlungsstrategie des LAP ist ein partizipatives Instrument. Das heißt, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen dann realisiert werden, wenn Engagierte der Zivilgesellschaft sich dafür freiwillig einbringen. Aus diesem Grund gibt es keine Terminierung der Maßnahmen. Des Weiteren sind Engagierte der Zivilgesellschaft nur ein Element für den Schutz der Demokratie. Es handelt sich um gesamtgesellschaftliche, langfristige und diskursive Prozesse.

Die Kommunale Handlungsstrategie zur Demokratieförderung beruhen weiterhin auf den Säulen:

- Kooperative Vernetzung
- Beteiligung
- Förderung
- Unterstützung von Engagement für Zusammenhalt , Demokratie und gewaltfreiem Miteinander
- Prävention

Grundsätze der Handlungsstrategie sind:

- dass Demokratie als Lebensform und politische Ordnung mehr Akzeptanz und Wertschätzung erhält
- Menschenrechte als Grundlage des Zusammenlebens anerkannt sind
- Diskurse konstruktiv und friedlich geführt werden
- Zivilcourage gefördert wird und gewünscht ist
- Engagierte Zivilgesellschaft als Voraussetzung zur Umsetzung der Grund- und Menschenrechte in der Gesellschaft anerkannt ist und als Akteur unterstützt wird

Grundlage sind außerdem die aus den Problemlagen entwickelten Bedarfe und Handlungsfelder sowie die in Beteiligungsworkshops und Vernetzungstreffen daraus erarbeiteten Ziele.

4.4 Zielgruppen, Gleichstellung und Chancengleichheit

Zahlreiche Studien kommen zu dem Schluss, dass Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und menschenverachtende Einstellungen auch in der Mitte der Gesellschaft vorhanden und in allen Bevölkerungsgruppen verankert sind. Die kommunale Handlungsstrategie bleibt deshalb so ausgerichtet, dass Angebote speziell auf Zielgruppen zugeschnitten werden können. Die Handlungsstrategie richtet sich jedoch grundsätzlich an alle Einwohnerinnen und Einwohner.

Entsprechend der Förderrichtlinie sollen folgende Zielgruppen erreicht werden:

1. Bürgerinnen und Bürger der Stadt Chemnitz
2. Kinder und Jugendliche
3. Migrantinnen und Migranten
4. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Diese Zielgruppen teilen sich in zwei Bereiche. Eine Zielgruppe sind Engagierte, die im Rahmen des kommunalen Strategiekonzeptes Maßnahmen mit Unterstützung durch die Stadt Chemnitz umsetzen möchten. Diese stellen entweder Anträge auf Bezuschussung oder nutzen bestehende Netzwerke als Ressource. Eine weitere Zielgruppe sind Einwohnerinnen und Einwohner jeden Alters, die in Chemnitz mit Maßnahmen zur Demokratieförderung erreicht werden sollen.

Kulturelle Vielfalt leben in Chemnitz – Gleichstellung und Chancengleichheit

Die Vielfalt von Lebensweisen und Bedürfnissen soll als Grundlage und Wert der Chemnitzer Stadtgesellschaft anerkannt sein. Grundsätzlich werden die Projekte in der Beratung und Förderung unterstützt, in der die Projektkonzeption die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen von Mädchen/Frauen und Jungen/Männern ernst nimmt, aufgreift und in der Projektdurchführung berücksichtigt. Hierfür zeichnen sich die Fach- und Koordinierungsstelle bzw. anlassbezogen auch Akteure des Begleitausschuss sowie der AG Rechtsextremismus verantwortlich. Projekte für Kinder- und Jugendliche sollen bei ihren Angeboten zur Sensibilisierung und Gewaltprävention grundsätzlich darauf achten, dass Mädchen und Jungen im gesellschaftlichen Umfeld unterschiedlich agieren, unterschiedliche Bedürfnisse aufweisen und verschiedene Motive verfolgen. Bei Erwachsenen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wird auf eine Ausgewogenheit der Geschlechter in der Projektarbeit geachtet, Homophobie, Sexismus und die Benachteiligung von Mädchen/Jungen werden thematisiert. Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten sollen für die Problematik zumindest sensibilisiert werden, da hier traditionelle Geschlechterrollen noch stark verbreitet und manifestiert sind. Der inklusive Ansatz wird z. B. dadurch gelebt, dass der Ort für das Vernetzungstreffen möglichst barrierefrei zu erreichen ist. Die Beauftragten der Stadt Chemnitz sind anerkannte Kooperationspartnerinnen – und partner bei der Umsetzung des LAP.

Kulturelle Vielfalt leben in Chemnitz (Diversity) und Gleichstellung und Chancengleichheit (Gender) sind in der neuen Zielpyramide verankert.

5. Fortschreibung der Zielstellungen

Der Zielentwicklungsprozess erfolgte in mehreren Workshops, Vernetzungstreffen und Arbeitsberatungen. Einen hohen Stellenwert haben bei Erarbeitung der Ziele folgende Werte eingenommen:

- gesellschaftsbezogene Werte, soziale Verantwortung und Frieden
- Idealistische Werte, wie Gleichheit und Gleichbehandlung, Partizipation,
- Demokratie und Emanzipation
- Individuelle Wertvorstellungen Kreativität, Spontaneität, Selbstverwirklichung

Die Zielpyramide gliedert sich in Leit-, Mittler- und Handlungsziele. Das Leitziel definiert die langfristige Grundausrichtung des Lokalen Aktionsplans, ist positiv formuliert und hat Signalwirkung nach außen. Mittlerziele werden aus dem Leitziel abgeleitet, sind mittelfristig angelegt und formulieren Teilbereiche, in deren Rahmen gehandelt werden soll. Handlungsziele formulieren konkret und praxisorientiert, wie Mittler- und Leitziele erreicht werden sollen (siehe Anlage 1).

Grundsätzlich sollen die Ziele SMART, nämlich spezifisch/ **messbar/ akzeptabel/ realistisch** und **terminiert** formuliert und überprüfbar sein. Da die kommunale Handlungsstrategie ein Beteiligungsinstrument ist, würde eine Terminierung der Handlungsziele dazu im Widerspruch stehen. Deshalb wurde auf konkrete Termine zur Durchführung der beispielgebenden Maßnahmen verzichtet. Engagierte und Initiativen der Zivilgesellschaft entscheiden selbst, auf welche Problemlage sie mit ihren Maßnahmen reagieren möchten. Zugleich ist die Zielpyramide Entscheidungshilfe für die Prüfung, ob eine Maßnahme den Problemlagen und dem Bedarf in Chemnitz entspricht.

6. Qualitätssicherung und Evaluierung

Maßnahmen, die im Rahmen des LAP gefördert werden, enthalten Erfolgsindikatoren und unterliegen der Erfolgskontrolle in Form einer Evaluierung. Die Bewertung der Maßnahmen erfolgt mit den in der Förderrichtlinie verankerten Kriterien:

- Formelle Kriterien (Antragsberechtigung, Förderrichtlinie eingehalten)
- Antragstellerin, Antragssteller ist geeignet, qualitative Angebote für die Maßnahme bereitzustellen, Methodenwahl ist geeignet, es werden Schutzfaktoren unterstützt, präventiver Charakter oder Auseinandersetzung mit dem Thema steht im Vordergrund
- Zielgruppe vorhanden und begründet, dass bei dieser Zielgruppe ein bestimmter Bedarf besteht, Eignung der Maßnahme für die Zielgruppe nachgewiesen, niedrighschwelliger Zugang ermöglicht
- Projekt wirkt in den Sozialraum und besitzt einen Gemeinwesenbezug
- Projekt wird im Rahmen von Kooperationen umgesetzt, Nachweis vorhanden
- Das Projekt nimmt auf ein im LAP benanntes oder konkret angegebenes Problem Bezug. Handlungsziele werden benannt, Bezug auf Mittlerziel des LAP gegeben, Maßnahmen sind konkret und nachvollziehbar
- Es werden Indikatoren angegeben, woran sich ein Erfolg des Projektes erkennen lässt. Es wird angegeben, wie sich diese Indikatoren messen lassen.
- Konzept ist inhaltlich schlüssig
- Finanzierung ist schlüssig
- Projekt wird öffentlichkeitswirksam umgesetzt, Maßnahmen zur Erreichung der Zielgruppe werden dargestellt, sind nachvollziehbar und angemessen

Der für die Bewertung der Projekte in der Förderrichtlinie enthaltene Kriterienkatalog ist weiterhin Grundlage der Qualitätssicherung. Die Voten des Begleitausschusses erfolgen auf Grundlage eines gemeinsamen Rankings sowie detaillierter inhaltlicher Diskussion.

Die Datenbank www.praevention-chemnitz.de enthält alle in Chemnitz vorhandenen Angebote zur Demokratieförderung und Gewaltprävention. Die Mitglieder der Steuerungsgruppe „Prävention im Team“ (PIT) sowie Mitarbeitende aus Verwaltung, Forschung und Freier Trägern haben folgende einheitliche (Kern)Qualitätskriterien für gute und wirkungsvolle Präventionsangebote erarbeitet:

- Vorhandensein einer theoretischen Basis
- Zielklärung/Zielgruppenspezifisch
- Systemischer Ansatz (Umfassender Ansatz)
- Geeignete fachlich fundierte Methoden
- Trainierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Bereitschaft zur Aus/Weiterbildung, Beratung, Supervision
- Evaluation

Für alle Angebote der Präventionsdatenbank wird auf dieser Grundlage ein Prüfbogen entwickelt. In die Datenbank werden nur Angebote aufgenommen, die den Standards entsprechen und die Anforderungen aus dem Prüfbogen erfüllen. Grundlagen sind:

1. Problembeschreibung
2. Analyse des Bedarfs auf Grund der Problembeschreibung
3. Festlegung der Präventionsziele in Bezug auf die Zielgruppen
4. Beschreibung der Maßnahmen und Methoden für die Zielerreichung unter Beachtung der Zielgruppen
5. Fachliche Grundlagen, Qualifikation der Mitarbeiter, Ressourcen und Arbeitsansatz
6. Evaluation und Erfolgsfaktoren, Indikatoren (SMART)
7. Dokumentation

Die Projektträgerinnen und Projektträger führen außerdem eine Selbstevaluierung durch, deren Ergebnisse ausgewertet werden. Einzelprojekte werden in einem Patenschaftssystem vor Ort aufgesucht und geprüft, ob eine antragsgerechte Umsetzung erfolgt, die Zielgruppe erreicht wurde und die beabsichtigte Wirkung eingetreten ist. Durch den Begleitausschuss und die AG Rechtsextremismus wird ständig überprüft und gemeinsam reflektiert, ob Bedarfe erfasst werden oder Änderungen erforderlich sind.

7. Mitwirkung an der Fortschreibung

An der Fortschreibung waren beteiligt:

Dr. Susanne Rippl, TU Chemnitz, Mitglieder der AG Rechtsextremismus, Mitglieder des Begleitausschusses, Teilnehmende der Vernetzungsplattform „Chemnitz für Menschlichkeit“, Katrin Siegel (Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V. /externe Koordinierungsstelle PFD Chemnitz), Tina Kilian und Marian Herzog (TU Chemnitz), Antragstellerinnen und Antragsteller im LAP, Koordinierungsstelle LAP/KPR Chemnitz D3, Franziska Schön D3, Mitglieder des Fachnetzwerks „Gewalt- und Radikalisierungsprävention“.

Stand: 11.02.2019
 Stadtverwaltung Chemnitz
 Dezernat 3
 Koordinierungsstelle LAP/KPR
 Düsseldorfer Platz 1
 09111 Chemnitz
 Telefon: 0371 488 – 1934



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



LEITZIEL	Leitziel 1			
	Die Chemnitzer Stadtgesellschaft ist demokratisch, inklusiv und durch vielfältige Lebensweisen und interkulturelle Offenheit geprägt.			
	Handlungsfeld 1.1	Handlungsfeld 1.2	Handlungsfeld 1.3	Handlungsfeld 1.4
	Stärkung der Zivilgesellschaft	Beteiligung	Diversity	Vernetzung
MITTLERZIELE	MZ 1.1	MZ 1.2	MZ 1.3	MZ 1.4
	Chemnitzerinnen und Chemnitzer engagieren sich demokratisch und bringen sich aktiv in das Gemeinwesen ein.	Chemnitzerinnen und Chemnitzer nutzen inklusive, sozialraumorientierte und niedrigschwellige Beteiligungsformen.	Die Vielfalt von Lebensweisen und Bedürfnissen ist als Grundlage und Wert der Chemnitzer Stadtgesellschaft anerkannt.	Chemnitzerinnen und Chemnitzer sind vernetzt und kooperieren für den Erhalt demokratischer Werte im Sinne der kommunalen Handlungsstrategie.
HANDLUNGZIELE	HZ 1.1.1 Positive Engagementerfahrungen und gelingende Alltagspraxis sind gebündelt unter Nutzung geeigneter Medien (z.B. sozialer Netzwerke, eigene Homepage) regelmäßig in die Öffentlichkeit kommuniziert.	HZ 1.2.1 Barrierearme Zugänge zu öffentlichen und kulturellen Beteiligungsformen sind bedarfsgerecht vorhanden.	HZ 1.3.1 Orte, Freiräume und Möglichkeiten für selbstverständliche und wertschätzende, interkulturelle Begegnungserfahrungen im Sinne einer Stadt der Vielfalt sind vorhanden.	HZ 1.4.1 Altersgruppen- oder ebenenübergreifende Maßnahmen vernetzen Aktivitäten und Initiativen für einen notwendigen Erfahrungsaustausch und den Abbau von Vorurteilen.
	HZ 1.1.2 Bildungs- und Fördermaßnahmen stärken Menschen, die sich für Demokratie engagieren.	HZ 1.1.2 Politik und Verwaltung gewährleisten Transparenz und ermöglichen gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen.	HZ 1.3.2 Unterschiedliche und vielfältige Lebensweisen wie sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt, Religion, Migrationserfahrung sowie unterschiedliche kulturelle Zugehörigkeiten sind akzeptiert.	HZ 1.4.2 Vernetzungs- sowie Beratungsangebote und Unterstützungsleistungen für von Diskriminierung oder Gewalt betroffene Menschen sind vorhanden.
	HZ 1.1.3 Chemnitzerinnen und Chemnitzer sind in der Lage, sich kritisch mit Funktion und Inhalten von Medien und Politik in einer demokratischen Gesellschaft auseinanderzusetzen.	HZ 1.2.3 Von Diskriminierung betroffene Gruppen und Individuen werden durch die Förderung von Beteiligung und Selbstbestimmung gestärkt.	HZ 1.3.3 Kompetenzen hinsichtlich Interkulturalität, dem Umgang mit Vielfalt und ein aktives Handeln gegen Diskriminierung sind vorhanden und diesbezügliche Angebote bekannt.	HZ 1.4.3 Kooperationen und Vernetzungsformate zur Förderung demokratischer Werte erhalten Unterstützung.
	HZ 1.1.4 Geeignete Formen der Anerkennung stärken demokratisch Engagierte und Basisinitiativen in ihrer Bedeutung für das Gemeinwesen.	HZ 1.2.4 Politische Entscheidungen sind bekannt und Möglichkeiten zur Information, Mitbestimmung und Mitwirkung vorhanden.	HZ 1.3.4 Chemnitzerinnen und Chemnitzer sind zum fachlichen und demokratischen Umgang mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen befähigt. Grundlage bilden Gender-sensible Arbeitsweisen und Diversity-Management.	HZ 1.4.4 Kooperations- und Vernetzungsformate sind bekannt und ermöglichen niedrigschwelligem Zugang.

LEITZIEL	Leitziel 2		
	Die Chemnitzer Stadtgesellschaft hat eine demokratische Haltung entwickelt und wendet sich gegen Neonazismus und Ungleichwertigkeitsvorstellungen.		
	Handlungsfeld 2.1	Handlungsfeld 2.2	Handlungsfeld 2.3
	Problembewusstsein/Sensibilisierung	Wissensvermittlung	Handlungskompetenz
MITTLERZIELE	MZ 2.1	MZ 2.2	MZ 2.3
		Chemnitzerinnen und Chemnitzer setzen sich mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen, deren Ursachen und Auswirkungen als gesellschaftliche Probleme auseinander.	Chemnitzerinnen und Chemnitzer haben ein reflektierendes Geschichtsbewusstsein und sind über Aktivitäten von menschenfeindlich agierenden Gruppierungen informiert.
HANDLUNGSGZIELE	HZ 2.1.1 Chemnitzerinnen und Chemnitzer sind fähig, sich kritisch mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen sowie mit antidemokratischen bzw. Gewalt verherrlichenden Einstellungen und Handlungen auseinanderzusetzen.	HZ 2.2.1 Hintergründe und Unterstützungssysteme des sog. Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) sind öffentlich bekannt und werden nachhaltig aufgearbeitet.	HZ 2.3.1 Zur Förderung von Zivilcourage und solidarische Aktivitäten im Umgang mit neonazistischen, rassistischen und diskriminierendes Auftreten finden Fortbildungen statt.
	HZ 2.1.2 Globale Entwicklungen, gesellschaftliche Machtverhältnisse, Ursachen von Gewalt und Radikalisierung, strukturelle Formen von Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Antisemitismus, Alltagsrassismus, Sexismus werden kritisch reflektiert.	HZ 2.2.2 Mit der Instrumentalisierung der Vergangenheit und gesellschaftlicher Debatten durch neonazistische und völkisch-nationalistische Organisationen wird sich auseinandergesetzt. Besonderer Schwerpunkt ist die Auseinandersetzung mit dem historischen Nationalsozialismus und der Nutzung von Elementen durch aktuelle politische Bewegungen.	HZ 2.3.2 Kinder und Jugendliche sind zum Erwerb und Ausbau sozialer, emotionaler und interkultureller Kompetenzen, zu demokratischer Streitkultur, zur gewaltfreien Konfliktlösung, zur Beteiligung sowie einer menschenrechtlichen Orientierung befähigt.
	HZ 2.1.3 Strukturen, Aktivitäten und Codes der rechten Szene sind bekannt und Chemnitzerinnen und Chemnitzer für die inhaltliche Auseinandersetzung sensibilisiert .	HZ 2.2.3 Diktatorische Regierungsformen, insbesondere die Auseinandersetzung mit Einschränkungen von Menschenrechten u.s.w., werden kritisch reflektiert und in Bezug auf gegenwärtige Entwicklungen gesetzt.	HZ 2.3.3 Die Förderung von Kompetenzen zur Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Werte ist in der Chemnitzer Stadtgesellschaft selbstverständlich. Kompetenzen zur Nutzung rechtlicher und beratender Angebote zum Schutz und bei Verletzung von Menschenrechten sind vorhanden.
	HZ 2.1.4 Die Abwertung und Ungleichbehandlung von Menschen als Gefährdungspotential für den Zusammenhalt der Gesellschaft werden thematisiert.	HZ 2.2.4 Chemnitzerinnen und Chemnitzer besitzen breites Sachwissen über die Verbrechen an der Menschlichkeit, insbesondere während der Zeit des Nationalsozialismus und den Holocaust.	HZ 2.3.4 Chemnitzerinnen und Chemnitzer identifizieren sich positiv mit einem europäischen Zugehörigkeitsgefühl und die eigene Wertigkeit über die anderer zu stellen.